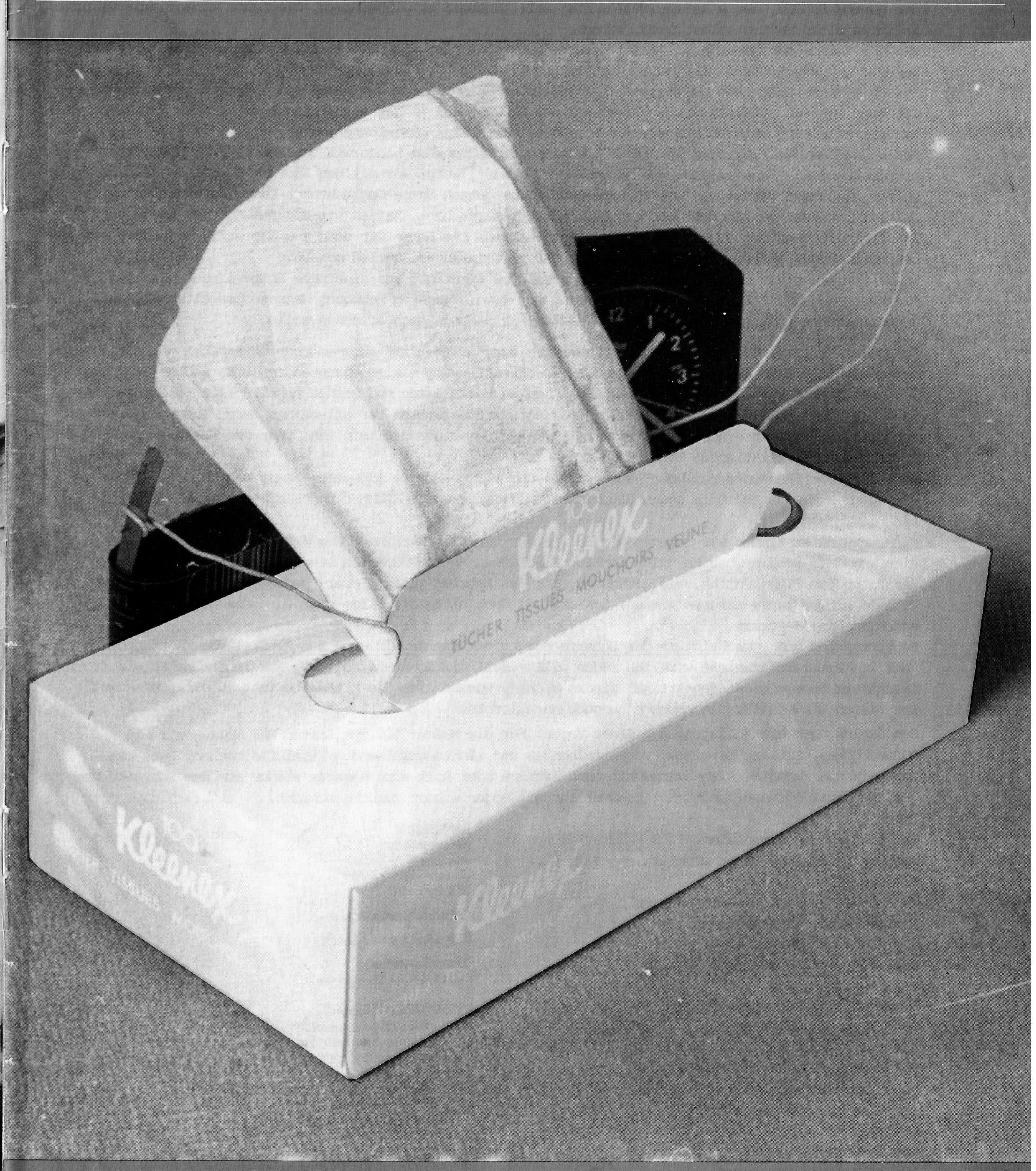
INTERIM

auswärts
2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Nr. 93

8. März 1990

Manchmal sind wir doch recht froh, daß ihr uns so schwer erreichen könnt. Wir wissen nicht, wie das manchmal aussehen würde, wenn ihr eure ganze Wut über unsere Abdruck- oder Nichtabdruck-Entscheidungen über uns entladen könntet. Diese Woche haben wir alleine drei Drohbriefe gekriegt.
Aus diesem Anlaß wollen wir euch mal unseren Umgang mit Gegendarstellungen erläutern. Presserechtlich könnt ihr uns ja nicht rankriegen (har har!) aber natürlich an unsere revolutionäre Moral appellieren, und da sind wir ganz empfindlich. Also: Das wichtigste für das Recht auf Abdruck einer "Gegendarstellung" ist die persönliche Betroffenheit, da sind wir dann schon mal bereit, über inhaltliche Flachheiten oder Konfusität hinwegzusehen . Zweites Kriterium: Faßt euch kurz! Es ist nicht nötig, den ganzen Schmus, dem widersprochen werden soll, nochmal zu wiederholen. Die Leute können ohne weiteres in ihren alten Heften selbst nachblättern.
KEIN Kriterium ist, ob ihr uns droht, Ultimaten stellt oder uns beschimpft. Das bringt nix, weil wie gesagt: wir sind schwer erreichbar (hoffentlich!)
Dieses Heft enthält eine "Gegendarstellung" eines SFE-Schülers. Wir haben uns zu diesem Abdruck entschieden weil er offensichtlich schwer von dem SFE-ARtikel in der vorletzten Ausgabe betroffen ist, was wir mehr aus der Form als aus dem Inhalt seiner Kritik geschlossen haben.
KEINE Gegendarstellung oder überhaupt irgend ne Stellungnahme haben wir von der 8.März-Vorbereitungsgruppe bekommen. Schade, denn wir hätten gerne gewußt, wofür wir mit den Abdruck-Verbot des 8 März-Aufrufs bestraft werden und wofür eigentlich diese ganzen Szene-Gemischtbuch-Läden belohnt werden, daß sie sie auslegen dürfen! Wir ihr vielleicht bemerkt habt, hatten wir mit dem Abdruck in der letzten Nr. festgerechnet und schon drei Seiten freigehalten. Die haben wir dann aus lauter Verlegenheit mit dem nochmaligen Abdruck eines Artikels aus der vorletzten Nr. füllen müssen.
Diese Doppelung hat nun wiederum die Gruppe Molotow ermutigt, uns eine neue Folge ihres rhetorischen Kampfes gegen die Feinde einer Neubestimmung der revolutionären Bewegung Westeuropas ultimativ aufs Auge zu drücken. Mit welcher Begründung hätten wir das nun noch ablehnen sollen?!

Im Rahmen "breites Bündnis gegen die Wiedervereiterung" (Begriff aus nem anderen Artikel geklaut!) haben wir in dieser Ausgabe auch eine Gast-Veröffentlichung der sogenannten reformistischen Gruppen, die mit einer Kurzanalyse zum Scheitern des Realen Sozialismus und seinen unheilvollen Folgen zu einer Wahlkundgebung am 17.März mobilisieren. Ganz entschieden wollen wir allerdings ihrer These widersprechen, daß der arme Realsozialismus seit 1917(!) einzig und allein ein Opfer des Kalten Krieges durch die imperialistischen Bestien geworden ist!
Die Liste der "Erstunterzeichner" soll gesellschaftliche Breite andeuten. Etwas sehr breit, finden wir, wenn z.B. das "Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und SEXISMUS" und"Elefantenpress" direkt aufeinanderfolgen.
Eindrucksvoller finden wir dagegen die Breite der UnterzeichnerInnen des Werra-Block-Plakates, die sich vom Cafe Boddin über Heimtier-Center, Eierladen, Antifa-Neukölln bis zu Boris Becker erstreckt. Wir haben das Plakat nicht, wie gewünscht, auf der letzten Seite dieser Ausgabe, weil wir das große Teil so schwer reproduzieren können. Schickt uns doch bitte die Filme oder Farbauszüge, möglichst schon in Din-A4-Format.
Sehr treffend und berechtigt in der Schärfe der kritik fanden wir auch den Artikel von "Rotkäppchen": "Wer vom Patriarchat nicht wirklich reden will - soll die Schnauze halten", nur leider haben wir trotz intensivem Suchen nicht den Artikel finden können, worauf sich die kritik bezieht. Vielleicht könnt ihr diesen Hinweis für die nächste Ausgabe nachliefern.
Zum Schluß noch ein Anliegen in eigener Sache: Für die Nummer **100**,zum Ersten Mai wollen wir ein superschönes, tolles, farbiges, vorantreibendes und richtungsweisendes Titelbild machen. Dazu brauchen wir ein Farbdia. Also durchwühlt eure Archive oder holt eure Kameras wieder aus dem Schrank. Wenn ihr auch eure Adresse zuschreibt bekommt ihr sie sogar wieder zurückgeschickt.

Inhalt

IMPRESSUM
Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Ordner
Aufruf zur Frauendemo in Hanau (17.3),
Aufrufe zur Konzerthausdemo, incl. Frauenblock
diverse Papiere aus der DDR
Artikel aus der SWING

VOLXSPORT

6.März 90

Pornoladen Beate Uhse durch 2 Brandsätze entflammt!

Vermarktung und Entfremdung von Sexualitätt, Pornographie, Sextourismus, Frauenhandel, Vergewaltigugg, sexuelle Anmache, Billiglöhne für FRAUEN, unbezahlte Hausfrauen-und Reproduktionsarbeit...
Wir Frauen bewegen uns zwischen den Ebenen, ertragen, erdulden sie, sind also TEIL DES Ganzen, ohne den dieses System nicht funktionieren würde. Um herrschen zu können, bedarf es immer der Beherrschten.
Wir sind nicht nur Opfer. Auch wenn es schwerfällt, aus der Rolle, die uns Frauen in diesem System zufällt,auszubrechen, uns dagegen zu wehren.. Dabei kommt das Thema des "wie sich wehren's" auf:
"Sich mit Gewalt gegen Männerherrschaft, gegen die kapitalistische Ausbeutung und Erniedrigung zu wehren, sei doch eine männliche Art und stünde uns nicht zu Gesicht" sagen einige Frauen, v.a. die von EMMA.Was ist denn die weibliche Art, sic zu wehren? Die andere Wange hinhalten? Uns hinstellen und die GERechtigkeit für uns Frauen öffentlich einklagen?
Genug der Polemik!
Wir sehen in dieser Abgrenzung, keine männliche Form von Widerstand annehmen zu wollen, einen riesengrossen Hemmschuh, der nicht sein muss.
Diese Abgrenzung macht uns Frauen handlungsunfähig..
Wir sollten uns lieber genau überlegen, was wir wollen und dann fällt uns das "WIE" auch von alleine ein.
Wir haben z.B. was gegen die ART VON Pornografie, wie sie in dieser Gesellschaft betrieben wird und was gegen die Vermarktung und Erniedrigung der Frau durch Pornofilme, Liveshows, und Gummipuppen... Also ist unsere Konsequenz daraus, dass wir diese Orte den Flammen preis geben. Genausogut könnten natürlich auch Blockaden oder ähnliches organisiert werden.
Zudem stinkt es uns, mit ansehen zu müssen, wie die Schlangen seit öffnung der Mauer vor den Pornoläden länger und länger werden.
Die Vermarktung der Frauen und der Sexualität hat eindeutige Grenzen, die sollten wir Frauen endlich ziehen, egal ob in Ost oder West!
In der DDR gibt es schon jetzt massig Anträge für die öffnung von Pornoläden, die nur darauf geiern, dort endlich genehmigt zu werden.
Bald gibt es in der DDR auch viel zu tun.

Dies ist unser Beitrag zum internationalen Frauentag

die Furien

PS: Mit dem "WIR" Frauen, ist das so eine Sache.Wir Frauen, das gibt es so für uns eigentlich gar nicht, denn es gibt unter Frauen ebenso ein "oben" und ein "unten", z.B. mit der Chefin Beate Uhse haben wir nichts Gemeinsames.

Grüsse an die Amazonen, die diesen Pornoladen schon mal erfolgreich heimdesucht hatten.

WER VOM PATRIACHAT NICHT WIRKLICH REDEN WILL -

SOLL HALT DIE SCHNAUZE HALTEN

Hallo Genossinnen!
ich muß ein paar Kommentare zum Artikel "In Gefahr und höchster Not...Teil 2" loswerden:

1. Ihr behauptet Unterschiede zwischen der patriarchalen Unterdrückung schwarzer Frauen im Trikont und der Mittelstandsfrauen (es gibt noch andere) hier. Ihr benennt sie jedoch so wenig, wie eure "Kriterien" und ihre "Bewertung".

Entweder sind die ausländischen schwarzen Männer patriarchaler als die weißen deutschen Männer hier oder das Patriarchat hier ist zivilisierter und gewaltfreier und die Frauen gleichberechtigter und emanzipierter. Was allerdings der kapitalistischen patriarchalen Ideologie von Fortschritt, Entwicklung, Freiheit und Gleichheit entspricht und in ihrem Sinne verleugnet, daß Reichtum auf Armut basiert und Fortschritt, Freiheit und Gleichheit die Ursache für die Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen und der Völker der "Dritten Welt" -und deswegen für diese auch unerreichbar- sind.

2. Das Patriarchat als "weltweites gesellschaftliches Gewaltverhältnis" -hübsch geschlechtsneutral gehalten übrigens- was soll das sein? Vielleicht solltet ihr, bevor ihr -wieder einmal- den anti-patriarchalen Kampf nicht als Phrase, sondern echt jetzt fordert, euch doch die "Mühe" machen "genau nachzudenken".

Z.B. darüber, daß Patriarchat heute was mit kapitalistischer Ökonomie zu tun hat, daß die direkte Gewalt zu seiner Durchsetzung gegen Frauen -auch hier- so wenig aufgehört hat, wie die Anwendung direkter Gewalt gegen die Völker der "Dritten Welt", daß eine Form des Verfügens der Männer über die Frauen (und auch über die "Primitiven", Kolonisierten) auch darin besteht, sie als Objekt ihrer Wünsche und Vortsellungen zu benutzen und sie zu ent-personifizieren, indem sie sie zum "Bild der Freiheit" oder auch zum "unversöhnlichen Widerspruch" qua Existenz hochstilisieren. Das ist eine uralte Methode, die auf reaktionärem Biologismus fußt, egal ob die Frau als "Mütterliche" zur Naturressource degradiert wird oder ob ihre Existenz als Frau einfach so sie zur Bedrohung für den Imperialismus machen soll -was dann in fortschrittlichem Biologieunterricht als Geschlechtsmerkmal aufgeführt werden könnte.

Das kapitalistische Patriarchat unterdrückt nicht die Frauen, weil ihre Existenz so dermaßen gefährlich für seinen Fortbestand ist. Im Gegenteil, es unterdrückt sie, um seinen Fortbestand zu sichern!

Denn es beruht auf der geschlechtlichen Arbeitsteilung als sexistischer, auf der gewaltsamen Aneignung der Natur, der Rohstoffe, des Landes und all dessen, was es zu "Natur" erklärt, um es nicht bezahlen zu müssen oder weil es unbezahlbar ist: die Frauen, "Primitive", Hausarbeit, Subsistenzarbeit, die Produktion von Menschen und ihre Reproduktion. Die tatsächlich biologische Fähigkeit der Frauen, zu gebären nämlich, ist der entscheidende Grund, warum sie als erste und immer wieder kontrolliert und unterworfen werden müssen. Menschenproduktion und die Kontrolle über sie ist unersetzbar und notwendig für das kapitalistische patriarchale System. (Auch für seine realsozialistische "Variante".)

3. Was macht die! schwarzen Frauen im Trikont eigentlich so "begehrenswert"? Daß sie weiter weg sind und nicht so unverschämt nah, wie die überfüllten Frauenhäuser hier? -die "Normalität" sexuellen Mißbrauchs von Mädchen? -die neue und immer wieder weibliche Armut hier bei uns?

Daß eine "Auseinandersetzung" ungleich leichter fällt, wenn man sie im Grunde weit weg von der eigenen Realität ansiedelt? Daß man sie darauf reduziert, künftig in Erklärungen und Flugis schwarze Frauen zu erwähnen? Daß sie so ein schönes revolutionäres Subjekt abgeben, nach der Klasse jetzt noch die Rasse und das Geschlecht -da kann endlich nichts schiefgehen. weil für sie keine mehr zum unterdrücken überbleibt.

Außer, daß ihr euch an ihren Kämpfen orientieren wollt, schreibt ihr nichts. Weder über so konkrete Zusammenhänge, wie Sextourismus, IWF-Kredite an werdende Hausfrauen im Trikont, ~~noch~~ oder die Situation geflüchteter Frauen, noch, was es mit patriarchaler Unterdrückung eigentlich auf sich hat.
Da wunderts dann auch nicht mehr, das zwar von Imperialismus und Herrschaft die Rede ist, aber kein Wort zu kapitalistischer Ökonomie fällt.
Ohne diese einzubeziehen, läßt sich aber das Patriarchat heute weder ana- ~~lysids~~ lysieren, noch bekämpfen. Genauso, wie der Kapitalismus ohne das Patriarchat nicht möglich ist und solange er getrennt gedacht wird, weder begriffen noch besiegt werden kann.
Klar gibt es dabei Unterschiede zwischen Frauen aus der 1. und der 3.Welt, so wie zwischen 1. und 3.Welt überhaupt. Ebene weil das kapitalistische Patriarchat keine "Frauenfrage" ist. Weil die geschlechtliche Arbeitsteilung im K~~s~~apitalismus das "Modell" abgibt für die internationale Arbeitsteilung und sich im Verhältnis 1. Welt zu 3.Welt wiederholt.

4. Ich halte mehr davon, wenn z.B. die Revolutionären Viren in de~~t~~r Interim 89 , in der sie sich auf den kurdischen Befreiungskampf beziehen, Widersprüche zwischen nationaler und Frauen Befreiung zur Kenntnis nehmen und wenigstens zu benennen versuchen, als wenn die Phrase "anti-patriarchaler Kampf" benutzt wird, um Widersprüchen auszuweichen und Klarheiten zu behaupten, die, weil sie keine sind, früher oder später zurückschlagen. Wer Herrschaftsverhältnisse nicht durchschaut ist dazu verdammt -oder privilegiert genug- sie zu reproduzieren.

Es ist viel die Rede von Rechten in und dem Ausverkauf der DDR. Völlig zu recht. Dagegen wird kaum zur Kenntnis genommen, das als Basis der wirtschaftlichen Veränderungen "drüben" die Neuorganisierung der geschlechtlichen Arbeitsteilung auf elenderer Stufe schon begonnen hat. Der Großteil, der aus der öffentlichen Verwaltung Entlassenen sind Frauen, der Sozialabbau findet auf ihrem Rücken statt.Sie werden den Hauptschlag von Arbeitslosigkeit, Armut und niedrig entlohnten Jobs abkriegen, während den Männern eine kleine "Entschädigung" geboten wird, wie die besseren Jobs, wie Pornographie und Sexshops, und zunehmende Verfügungsgewalt über "ihre" Frauen. Vielleicht wär~~t~~e ein erster Schritt, nicht soviel von"Anti-Patriarchalem" zu reden, sondern die Realität als patriarchale zu begreifen und einfach mal hinzugucken -und keine Antworten zu versuchen, solange man die Fragen gar nicht gefunden hat. Wahrscheinlich wären die konstruktiver.

5. "Wenn wir von einer notwendigen Orientierung revolutionärer Politik hier an den Kämpfen von Frauen sprechen -eine Forderung autonomer Frauen-..." ist dann letzteres die Rechtfertigung, Entschuldigung oder Begründung dafür, daß ihr von einer Orientierung an Frauenkämpfen sprecht?
Habt ihr wirklich kein eigenes Interesse daran, die Verhältnisse, in denen wir leben, zu durchschauen, zu begreifen, wie der Verdauungsapparat der "Bestie" funktioniert und wie wir die Verwertung ~~u8~~ und Vernichtung der Menschen aufhalten können?
Das verlangt wirklich Mühe und Genauigkeit und nicht allein den Anspruch, sondern hauptsächlich den Wunsch und den Willen nach Auseinandersetzung. Damit meine ich nicht speziell euch, sondern alle,die in unterschiedlicher Länge im Grunde doch nur hinter die diversen ~~AQ~~ "Antis" jetzt auch das "Anti-Patriarchale" klatschen.

Rotkäppchen und der Wolf

DER FALL " PROF. DR NORBERT MYSCHKER (FACHBEREICH SONDERPÄDAGOGIK, FU BERLIN)

Über ein Jahr lang war die wissenschaftliche Mitarbeiterin, Frau X der sexuellen Gewalt ihres Vorgesetzten, Prof.Dr.Myschker ausgesetzt. Der Typ ist unter den Studentinnen bekannt wegen seines sexistischen Verhaltens (blöde Sprüche, Belästigungen, Anmache etc. in Seminaren und Sprechstunden...). Wie überall üblich wurde sein frauenfeindliches ("normales") Typenverhalten seitens seiner Kollegen und Kolleginnen gedeckt. Myschker versuchte sämtliche Frauen, die bereit waren etwas gegen ihn zu unternehmen mit Androhungen von Strafanzeigen und psychischem Druck zum Scheigen zu bringen. Dabei nutzte er natürlich alle ihm zur Verfügung stehenden Machtstrukturen.

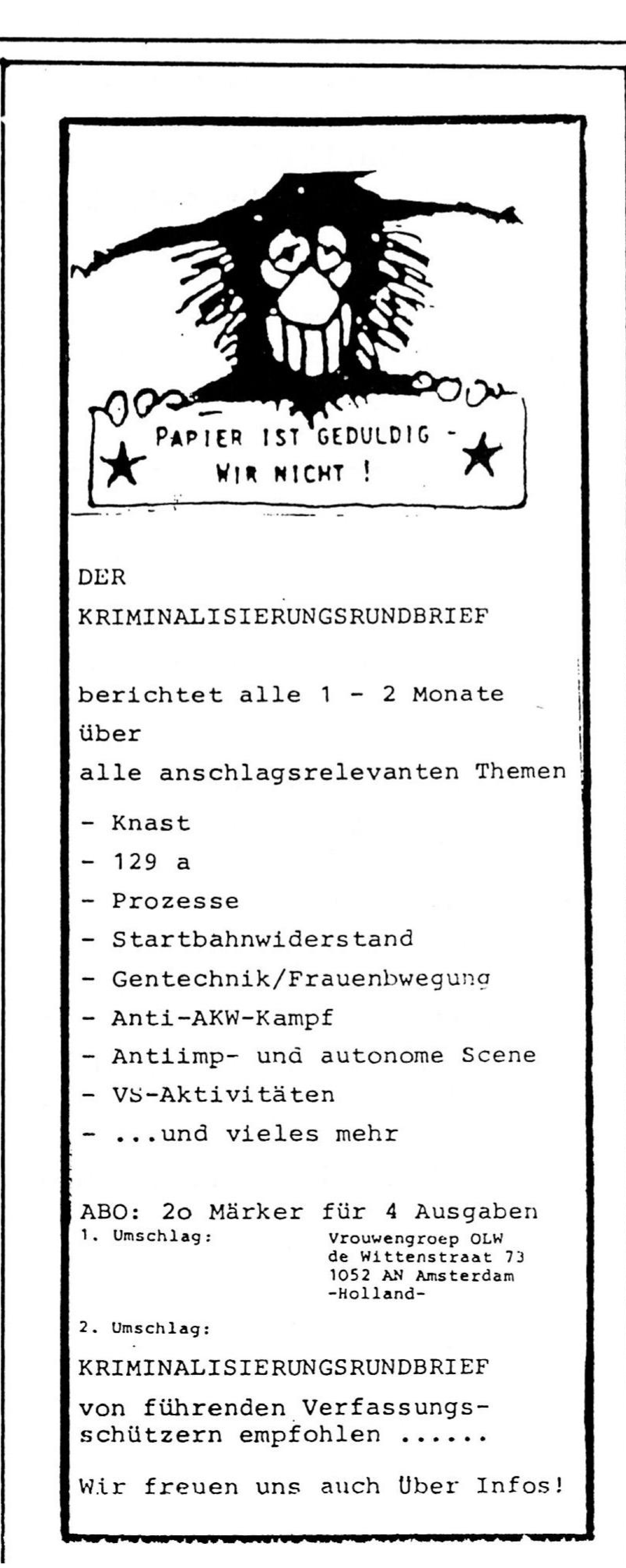
Er zeigte Frau X an wegen Verleumdung ("übler Nachrede") und Aufwiegelung der StudentInnen.(Der Prozess dazu siehe unten!)!! Zudem hängte er noch eine Hetzschrift im Institut auf.

Frau X verlor ihren Job an der Uni. "Glücklich" in ihrem neuen Job -so wurde am Institut bekannt- denunzierte Myschker sie auch dort bei ihrem"Chef". Als Krönung beschuldigte Myschker Frau X daß SIE IHN sexuell belästigt hätte.!!!

Der Prozeß findet am Montag, dem 12.3.1990 um 12.30 Uhr im Amtsgericht Tiergarten, Turmstr.91, Zimmer 455 statt.

FRAUEN KOMMT MASSENHAFT !!!





Kein Ende in Sicht: Linke[1] Anwälte[2] + Vergewaltiger

(1, kleiner Hinweis! sowohl "links" als auch "link" sind im Plural "linke",
2, Die Schreibweise AnwältInnen erübrigt sich. Nach unseren Infos verteidigt keine Anwältin, die ihrem politischen Selbstverständnis nach links ist, Vergewaltiger.)

Na endlich, dachte frau, als sie in der Interim 95 auf p.30/31 angelangt war. Ringt sich tatsächlich eine gemischte (wahrscheinlich leider kleine) gruppe durch, zum Boykott von Vergewaltigerverteidigern aufzurufen.

Zu untersterichen sind v.a. drei Punkte:

- "individuellen" Umgang mit diesem Thema zu befürworten, ist keine "individuelle", also irgendwie persönliche/private, sondern eine klar politische Entscheidung auf Kosten von Frauen
- den"Mythos vom guten Anwalt" als Mythos zu benennen
- immer noch und immer wieder: das Private ist politisch! Somit ist es halt kurzsichtig und ziemlich heuchlerisch, wenn eineR einfach nicht wahrhaben will, daß der lieb(st)e Genosse derselbe ist, der vergewaltigt, Vergewaltiger verteidigt und/oder die Zusammenarbeit mit Vergewaltigerverteidigern individuell entscheidet.

Zu Leuten mit "unklaren (schwammigen)" Positionen: bzgl. bestimmter Inhalte keine oder "schwammige" Standpunkte zu beziehen, beinhaltet -je nach Bereich- de facto eine mehr oder weniger direkte Unterstützung von frauenverachtendem, rassistischem o.ä.Verhalten.

Dem EA wäre zu wünschen, anstelle von Selbstbewußtsein etwas Selbstkritik zu demonstrieren (Interim 85). Weniger Blabla (vom "progressiven Alltag" und "tränenreichen, zynischen" Diskussionen) brächte vielleicht mehr Inhalte als einen jahrealten Konsens, "die Tatsache zu thematisieren". Als unheilbare Optimistinnen trauen wir demEA noch immer Einsicht und Erkenntnisfortschritte zu. So könnte die Tatsache, daß linke Anwälte – entgegen aller Lippenbekenntnisse-ihre Position mitnichten nutzen, um der vergewaltigten Frau die Verhandlung zu erleichtern, endlich zu Konsequenzen führen. Weniger vornehm als der EA und Gustav Gans nennen wir Namen: zum (Parade-)Beispiel Elfferding, der am 2. und 5. 12.89 die Nebenklägerin gnadenlos über und unter der Gürtellinie fertigzumachen versuchte. Kostenübernahme für"Linke", die sich bewußt für einen Vergewaltigerverteidiger entscheiden, ist k e i n e Solidarität, sondern ein aktiver Beitrag zur Frauenunterdrückung!!

Wir haben die Schnauze voll -letztes Zitat von Gustav Gans- "von verbalen Zugeständnissen an die Frauenbewegung", die einhergehen mit Unterstützung des real existierenden Patriarchats!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Notruf und noch mehr Frauen

PROTOKOLL VOM 1.PLENUM AM 21.2.

Wie angekündigt im Protokoll vom 1.Mai-Plenum am 15.2.90 ist hier nun das zeite Protokoll. Mit Besprechen des Protokolls vom15.2.90 begann das Treffen.
Es waren die verschiedensten Gruppen und Einzelpersonen anwesend, doch es fehlten die ausländischen GenossInnen, Kurden , Palästinenser und Tamilen um nur einige völker zu nennen. Dies wurde von einem ausländischen Genossen kritisiert. Das ist ein Problem überhaupt bei uns in der Scene , daß die Zusammenarbeit zwischen deutschen und ausländischen Gruppen noch sehr schwach entwickelt ist, viele von uns,zu wenig ausländische GenossInnen kennen. Es wurde beschlossen die verschiedensten ausländischen Gruppen anzusprechen.
Ebenso waren zu wenig Frauen aus Frauen - und Lesbenzusammenhängen anwesend.
Da keine der Gruppen ein Papier als inhaltliche Grundlage zur Diskussion um den 1.Mai geschrieben hatte, wurde aus dem Plenum heraus eine Gruppe gebildet, die die inhaltliche Diskussion, für das nächste Plenum vorbereiten soll.
Es waren GenossInnen anwesend, die das Fest am 1.Mai vorbereiten. Sie sagten ,daß diesmal das Fest nicht direkt am Lausitzerplatz stattfinden soll, sondern diesmal auf dem Gelände des Görlitzer Parks. Sie wollten damit nicht die lange Tradition , die das Fest am Lausitzer PLatz hat, [redacted] beenden, sondern sie gehen davon aus, daß der Lausitzer Platz zu klein ist,für die vielen die am 1.Mai nach Kreuzberg kommen. Auf den Fest soll es ein Kulturprogramm geben und das Fest soll viele Stände zum Thema Internationalismus haben.
Es wurde festgestellt , daß alle, die auf dem 1.Mai-Plenum sind,eine eigenständige, vom DGB- unabhängige und internationalistische Demo wollen. Die Demo soll ebenso von Parteien unabhängige sein.
Es gab eine Kontroverse Diskussion , wo die Demo dies Jahr stattfinden soll. Ob an alter Stelle oder gezielt an Objekte vorbei oder diesmal im Wedding. Als Argumente für ne Demo in Kreuzberg vom O-Platz aus , daß die Tradition für eine revolutionäre 1. Mai Demo noch schwach entwickelt ist, daß wir in Kreuzberg am stärksten sind und das wir politisch nicht stark genug sind um woanders zu demonstrieren, d.h. woanders eine so große Demo hinzukriegen. Das es eine Politische Niederlage wäre,wenn wir am 1.Mai woanders mit ein oder zwei Tausend demonstrieren würden. Für Wedding sprach, daß es ein politischer Erfolg wäre wenn wir außerhalb von Kreuzberg so viele Menschen , wie letztes Jahr am 1. Mai erreichen würden.
Das Ergebnis der Diskussion blieb offen., obwohl die Meisten für Kreuzberg waren.
Die meisten wollen, daß diese 1. Mai Demo nicht so isoliert dasteht, wie letztes Jahr. Wir wollen dies Jahr vor dem 1. Mai Aktionstage machen,um uns selbst und andere Menschen außerhalb des autonomen Sektors zu erreichen. Denn wir erreichen noch immer zu wenig Menschen mit unserer Politik.
Die Aktionstage sollen eine Ergänzung und inhaltliche Vorbereitung sein zum 1.Mai. Themen der Aktionstage könnten Wohnungsnot, Antifaschismus usw sein. Für die Aktiontage soll es noch ein Plenum geben.
Zum Abschluß des Protokolls , noch einige Worte zum Verhältnis untereinander. Manchmal war die Diskussion recht nervig durch mackriges Redeverhalten !!!

Für einen offensiven 1.Mai 1990

Ich möchte was zum kommenden 1.Mai schreiben, weil ich es wichtig finde, daß die Diskussion darum bereits jetzt in Gang kommt. Letztes Jahr hat eine breite Diskussion im Vorfeld leider gefehlt. Von den Ereignissen zumindest in dieser Heftigkeit selber überrascht, haben wir die notwendige Bestimmung erst danach versucht und die Hetze konnte uns zu sehr in die Defensive treiben.

In der momentanen Periode der völligen politischen Veränderungen in Deutschland ist die gesellschaftliche Relevanz autonomer, linksradikaler Politik sehr gering. Für uns interessiert sich fast niemand und wir haben zumindest bis jetzt auch sehr wenig brauchbares zur ganzen Wiedervereiterungs-Scheiße gebracht, konnten den HERRschenden kaum was in den Weg stellen oder eine akzeptable Alternative zur Wiedervereiterung unter kapitalischen und patriarchalen HERRschaftsverhältnissen anbieten.

Hier müßten wir was Positives bieten! Und dazu eignet sich in naher Zukunft nichts so gut, wie der 1.Mai!

Am 1. Mai guckt ganz Deutschland nach Kreuzberg. Am 1. Mai sind alle von uns und unserem Umfeld mobilisiert. Und schließlich ist am 1.Mai schon immer internationaler Arbeiterkampftag (leider historisch nicht auch Arbeiterinnenkampftag; dazu sollten wir ihn allerdings machen) gewesen, nicht nur in der autonomen Szene. Das heißt, wir haben an diesem Tag eine ganze Menge Trümpfe in der Hand, die wir sonst nicht haben.

Wenn wir jetzt die Bullengewalt und die Medienhetze in's Leere laufen lassen, und dafür was Positives rüberbringen, gibt uns das ein Stück Stärke und Anziehungskraft nach außen zurück!

Trotzdem ist autonome, linksradikale Politik so wichtig wie nie!

Und zwar eine starke, machtvolle und offensive Politik! Die erste Euphorie ist (fast) vorüber. Die Bevölkerung fängt an, die Probleme immer stärker zu spüren: Fehlende Wohnungen, erstarkender Rechtsradikalismus, immer stärkeres Runterfallen der sozial schwächsten usw. MännerHERRschaft wird gerade in der DDR endlich mehr thematisiert und bekämpft. Immer mehr kotzt die CDU-Scheiße an, immer mehr stehen dem Wiedervereiterungstaumel skeptisch gegenüber und haben selber soziale Ängste.

Konkret heißt das natürlich nicht, daß wir allen Aktionen etc. entsagen sollen, im Gegenteil. Ich fänd's stark, eine machtvolle Demo mit vielen Leuten, einem machtvollem Block und bestimmten, kontollierten und vermittelten Angriffen zu machen. Da kämen die üblichen Objekte in Frage: Sexshops, Spielhallen, Banken, als diejenigen, die wir mit Redebeiträge, Flugis und Parolen auch während der Demo und danach am besten vermitteln können.

Wir sollten uns auf Spalier vorbereiten, und dies so diskutieren, daß wir es verhindern können. Wir sollten weiter diskutieren, wie wir uns gegen Vermummungsverbot wehren können.

Prinzipiell war die Demo letztes Jahr schon ziemlich korrekt, bloß daß die Vorzeichen und die Repression diesmal ungleich stärker sind - was heißt, daß auch wir besser vorbereitet und stärker sein müssen, wollen wir nicht eingemacht werden.

Ein weitere Angriffspunkt war letztes Jahr der Übergang von der Demo zum Fest. Den Fehler, die Demo diesmal Herrmannplatz enden zu lassen, so daß mehrer Tausend Leute unorganisiert und in einzelnen Gruppen alleine zum Fest müssen, sollten wir nicht wiederholen. Besser wäre, die Demo so nahe am Fest enden zu lassen, so daß die Bullen nicht an uns ran können.

Gut fänd' ich's, wenn wir diesmal auf's Fest gute Laune statt Tränengas von den Bullen mitbringen würden.
Wenn's auf dem Fest abgeht, machen wir uns unsere eigene Kultur kaputt!

Gerade auf dem Fest hat sich gezeigt, wieviele Leute Interesse am Zusammenkommen haben-bis 25.000 gingen ja die Schätzungen. Wir sollten sowas nicht unterschätzen. Das Fest bietet eine weitere sehr gute Möglichkeit, uns zu vermitteln. Außerdem haben bereits viele Leute signalisiert, daß sie so'n Fest nicht noch mal wollen - auch das müssen wir ernst nehmen. Laßt uns Power, Inhalte und Lebensfreude mitbringen. Gerade hier rechnen die Bullen doch am meisten mit Aktionen. Wenn wir da in ihre Falle rennen, wären wir doch bekloppt, oder? Das ganze wäre ein reines Gemetzel mit anschließender Lügenpropaganda.

Was sich zwischen Fest und Abend tut, ist mir auch noch nicht so klar, vielleicht findet sich da ja noch ein paar Ideen. Es sollte allerdings klar sein, was prinzipiell ist, denn wir tragen eine gewisse Verantwortung. Wir sollten uns auf jeden Fall darauf einstellen, daß die Bullen eventuell Reste des Festes angreifen, wie sie es '88 gemacht haben. Das heißt, das Fest nicht einfach auslaufen zu lassen, sondern lange da bleiben und es dann kollektiv und gemeinsam beenden.

Ein paar Sachen fallen mir noch drumherum ein: Ich fände es stark, möglichst viele Genossinnen und Genossen aus der DDR dabeizuhaben, aber auch jede Menge 'normale' Bürgerinnen und Bürger beider Staaten. Wir müßten auch 'drüben' gut mobilisieren. Die Idee mit der Aktionswoche ist nicht schlecht, doch bezweifel ich, inwieweit wir momentan in der Lage sind, sowas zu organisieren, müssten mal mehrere was zu sagen.

Ich würde es begrüßen, wenn die Vorbereitungsgruppe demnäxt mal ihre vorläufigen Vorstellungen veröffentlichen würden, soweit sie für die Öffentlichkeit bestimmt sind. Eine weitere Diskussion ist dringend notwendig, damit wir auch den Leuten, die nicht Interim lesen oder in keinen Szene-Diskussions-Vorbereitungsgruppen drin sind, klar vermitteln können, was von uns aus zu erwarten ist. Ihr seht, es ist noch nicht alles ausgegoren, aber das sollte es ja auch erst am Ende der Diskussion sein.
Dann sollten wir allerdings gewinnen, oder???

Ron Revolution

P.S.: Beim Psycho-test bin ich in der Mitte, also 08/15-Fraktion, aber die Haßkappe werde ich zumindest am 1.Mai nicht vergesen. Und auf den näxten Psycho-test warte ich schon!



WER WILL NOCH





Als Reaktion auf den endgültigen Zusammenbruch des "realexistierenden Sozialismus" in Osteuropa, als Reaktion auf die Tatsache, daß es zur Zeit keine durchstzungsfähige Gegenwehr gegen die kapitalistische Einverleibung der Menschen dort gibt, einigten sich die TeilnehmerInnen des Vorbereitungsplenums zum 1.Mai darauf, den Revolutionären Internationalismus zum inhaltlichen Schwerpunkt des 1.Mai und der Vorwoche zu machen.

Wir, ein paar PlenumsteilnehmerInnen, wollen hier ein paar Gedanken darlegen, die wir uns dazu gemacht haben, und sie mit unseren Vorstellungen vom 1.Mai 1990 in Verbindung bringen.

Es ist sicher kein Zufall, daß eine unserer ersten Assoziationen zum Begriff "Revolutionärer Internationalismus" das Che-Zitat vom Kampf der westeuropäischen Linken "im Herzen der Bestie" ist. Es hat seit '68 eine Schlüsselfunktion für das Selbstverständnis linker, antiimperialistischer Menschen/Gruppen gehabt.

Aber gerade Linken (auch klein-) bürgerlicher Herkunft, die ihr Bewußtsein und ihre politischen Aktivitäten in den Nischen des Systems entwickeln können, dient das Zitat oft als Hintertür, wenn es darum geht, sich mit der eigenen Privilegiertheit - als AkademikerInnen, als materiell halbwegs gesicherte, als Weiße, als Männer - auseinanderzusetzen. Schließlich liegt die eigene Nische ja mitten im Herzen der Bestie. Die Aufforderung zum Kampf wird vertagt, oder die Agitierung des eigenen Umfeldes wird kurzerhand zum Kampf erklärt.

Es wäre zwar falsch, zu sagen, die heutige autonome Szene setze sich nur aus (potentiell?) privilegierten Leuten zusammen, aber trotzdem müssen wir uns immer dringender dazu stellen, daß wir nicht das revolutinäre Subjekt sind.

Revolutionärer Internationalismus drückte sich bisher im Protest vieler, in der politischen Arbeit einiger und dem bewaffneten Kampf weniger aus.

Alles, was bisher lief, war und ist wichtig, aber all das hat bei denen, die sich hier ohne Privilegien und Nischen im Griff der kapitalistischen Verwertung befinden, die Revolution als ihre Perspektive nicht rübergebracht.

Erst recht nicht bei den Menschen in den ehemals "realsozialistischen" Ländern, denen die Begriffe "Proletariat", "Klasse" und "Revolution" von hohlen Staats-MLern bis zum Erbrechen durch die Ohren genudelt wurden.

Dieses Nicht-Rüberkommen liegt für uns darin begründet, daß die Propagierung revolutionärer Ideen zu oft beim theoretischen Anspruch beginnt. Wir sind der Meinung, daß der lebendige und stärkende, der revolutionäre(!) Breite schaffende Bezug auf andere Befreiungskämpfe aber nicht möglich ist, ohne eigenen Kampf, und damit meinen wir insbesondere eigene Praxis.

Z.B. finden wir die Ideen aus dem K90-Papier (Interim 90) als Anfang empfehlenswert.

Auch unser RevoluzzerInnen-Sein wird Doktrin, Fassade, bestenfalls Frust, wenn es nicht davon getragen wird, daß wir renitent und kriminell, praktisch subversiv, daß wir solidarisch und selbstkritisch sind.

Einige, vielleicht sogar viele von uns sind es. Gut. Aber für viele Leute, die wir auch dieses Jahr (wieder) zu einer revolutionären 1.Mai-Demo mobilisieren wollen, ist "revolutionär" (immer noch) ein diffuser und/oder theoretischer Anspruch. Und gerade nach dem 1.Mai '89 sollten wir nicht damit rechnen, daß allzuviele Leute aus einem diffusen "Find' ich gut"-Gefühl oder aus Neugier heraus zur Demo und zum Fest im Görlitzer Park kommen.

Wir sind sehr wohl der Meinung, daß es viele sein werden, aber nur, wenn wir z.B. Stellung beziehen zum 1.Mai '89, zur Militanzfrage, die in den Köpfen nunmal mit dem Datum vebunden ist. Wenn wir klarmachen, daß wir den 1.Mai als ein Forum aller verstehen, die in dieser Gesellschaft den verschiedensten Formen von Unterdrückung unterliegen, und die sich wehren wollen. Daß der 1.Mai kein punktueller Aktionismus ist, sondern dazu da ist, daß eben diese Leute zusammenkommen, sich zeigen, sich gegenseitig sehen und einander Stärke vermitteln.



Wir schlagen vor, daß Arbeitsgruppen sich überlegen, wen sie da ansprechen wollen/können, um das rüberzubringen und kurze Reader erarbeiten, die o.g. fällige Stellungnahmen leisten.

Die Mobilisierung zur Demo sollte dabei nicht unbedingt der Schwerpunkt der Reader sein (dafür gibt's Flugis). Eher Beiträge zu den "zielgruppen"-spezifischen Themen.

Es wäre auch was zum Begriff "Revolution" zu sagen, und die schon bekannten Dates der Aktionswoche sollten drinstehen (in ein gefaltetes A3-Blatt geht schon einiges rein).

Diskutiert die Vorab-Versionen der Reader mit anderen Leuten, bevor ihr sie nach Kräften in Umlauf bringt. Nutzt die Strukturen!

Daß wir uns hinsetzen und uns 'nen Kopf drum machen, wen wir ansprechen, könnte ein erster Schritt zur praktischen Umsetzung dessen sein, was der Zettelknecht in der Interim 91 recht fit zum Ausdruck gebracht hat (lesen!).

Wir wollen nicht wieder lamentiern "Raus aus dem Ghetto", nicht an irgendeiner Bündnisfrage an reformistische Organisationen rumdoktern und auch nicht Hassis an DGB-Basis-Gruppen verteilen. Was wir wollen, ist, den Begriff "Klasse" praktisch zu belegen, ihn sprachlich und politisch von den MLern zurückerobern, ihn seiner patriarchalen Prägung entreißen und ihn auch für die Menschen außerhalb unserer Szene, die nunmal nicht die Klasse ist, erfahrbar und füllbar machen.



Uns ist bewußt, daß vielen Leuten das Wort "Klasse" recht archaisch müffelt, das kommt ja im K90-Papier zum Ausdruck. Aber den Begriff wie eine heiße (oder gammelige) Kartoffel fallenzulassen ist falsch.

Wenn wir die Individualisierung und Spaltung der Menschen im Postfordismus als Problem erkennen, müssen wir praktisch/politisch und auch sprachlich etwas dagegensetzen.

Möglicher Ansatz: "Klasse" benennt die Gemeinsamkeit und die Solidarität aller, die ihre Befreiung von Arbeitshetze, Fremdbestimmung und Diskriminierung revolutionär angehen, statt sich mit individuellen Deals ihr Schäfchen ins halbwegs Trockene zu holen. Eben die Menschen, die die ganze verdammte Bäckerei haben wollen.

Wir wollen noch genauer zum Begriff "Klasse" arbeiten, werden dazu auch wieder was veröffentlichen und hoffentlich auch von anderen (Euch!) was dazu hören und lesen.

HERAUS (aus den Nischen) ZUM REVOLUTIONÄREN 1. MAI!

TROTZ ALLEDEM...

WIR HABEN AM 28.2.90 EINEN BRANDSATZ IM EURO-MARKT WILMERSDORFER STR. ZÜNDEN LASSEN, UM DEN KONZERN ZU ZWINGEN, SÜDAFRIKANISCHE PRODUKTE AUS DEM VERKAUF ZU NEHMEN.

EURO-MARKT GEHT NACH OSTEN -WIE AM WOCHENENDE IN POTSDAM- UND VERKAUFT DORT SÜDFRÜCHTE ALS FREIHEIT.

FREIHEIT, DIE FÜR DIE MENSCHEN IM TRIKONT ARMUT BEDEUTET.

DAHER: WEITERHIN VOLLSTÄNDIGER BOYKOTT SÜDAFRIKAS, UM DIE GRUNDLAGE FÜR EINE SOZIALE REVOLUTION STATT KAPITALISTISCHER MODERNISIERUNG ZU LEGEN.

BOYKOTTIERT SÜDAFRIKA +SHELL!

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT GEGEN DEUTSCHTÜMELEI UND EUROCHAUVINISMUS!

INTERNATIONALISTISCHE ZELLE

LIEBE INTERIMS,
EINE SPÄTE ANTWORT AUF EURE FRAGEN ZU UNSERER AKTION BEI BILKA AM 27.6.89, ABER DOCH...
DIE WARNUNG WEGEN DES BRANDSATZES HABEN WIR PEINLICHERWEISE UNTERLASSEN DA WIR AUFGRUND BESTIMMTER UMSTÄNDE VOM ZÜNDEN AUSGEGANGEN WAREN. ES KONNTE NUR NOCH BESSER WERDEN...
DAHER HABEN WIR DIESMAL EINEN WECKER-ZÜNDER (+BLITZBIRNEN+PATTEX +STREICHHOLZSCWEFEL+ÖL) VERWENDET. WIR EMPHEHLEN DIE ANLEITUNG DER RADI 139 WEITER.
REWE (ZU DER EURO-MARKT GEHÖRT) HATTE NACH DEM RZ-ANSCHLAG87 SÜDAFRIKANISCHE WAREN AUS DEM SORTIMENT VERBANNT. ANGESICHTS DER SCHWACHEN LINKEN TRAUT SICH REWE JETZT WIEDER VOR.
GRÜSSE AN EUCH +DIE SHELL-KAMPAGNE +DIE RZ + KAMPAGNE 90+DIE HUNGERSTREIKENDEN GEFANGENEN IN SÜDAFRIKA UND SPANIEN +...+...

wir grüßen die palästinensischen politischen gefangenen in den knästen und lagern israels,
wir grüßen die politischen gefangenen in den knästen der brd, spaniens, frankreichs, italiens, belgiens, irlands und portugals,
wir grüßen die politischen gefangenen in den knästen der usa.

wir sind in hamburg zum internationalen palästina-kongreß zusammen gekommen, um mit genossInnen aus dem besetzten palästina, aus israel und der brd über zwei jahre intifada, deren auswirkungen und perspektiven uns zu informieren und darüber zu diskutieren.

in der arbeitsgruppe: repression und politische gefangene trafen sich ehemalige politische gefangene aus palästina und der brd, die angehörigen der politischen gefangenen in der brd, anwälte und viele andere. die information umfaßte die unzähligen methoden der israelischen militärs, mit denen sie versuchen den kampf der palästinenserInnen gegen die besatzung und für unabhängigkeit und einen eigenen staat zu unterdrücken und zu zerschlagen.

seit beginn der intifada sind:
1000 palästinenserInnen getötet worden, davon viele kinder und frauen,
80.000 sind verletzt worden,
fast 70.000 waren in diesen jahren in zionistischen lagern und knästen, davon 1/3 kinder zwischen 14 und 17 jahren,
über 10.000 palästinenser waren in administrativhaft, d. h. sie waren ohne gerichtsurteil zwischen 6 monaten und mehreren jahren inhaftiert.

Ein weiteres mittel zur bekämpfung der intifada ist die enteignung von grundbesitz der palästinenser und die zerstörung ihrer häuser, sodaß 1.100 menschen obdachlos sind.

wir haben berichte gehört über folter, demütigungen und erniedrigungen, denen die gefangenen palästinensischen Kinder, frauen und männer jeden tag in zionistischen knästen und lagern unterworfen sind. in ansar 3 ist es das ziel die gefangenen durch die isolation von ihren familien und freunden draußen, zählapellen mit stundenlangem sitzen in größter hitze, tränengas- und prügeleinsätzen durch die israelischen soldaten politisch, moralisch und gesundheitlich zu brechen.

wir wissen aber auch, daß die palästinensischen gefangenen mit ihrem mut und ihrer liebe gegen die folter, gegen ihre vernichtung kämpfen, für ihre menschlichkeit, würde, ihr recht auf leben, bildung, ausreichende nahrung, angemessene medizinische versorgung, das ende der besatzung, für unabhängigkeit und einen eigenen staat. in vielen unterschiedlichen aktionen, angefangen mit der verweigerung zur kooperation mit den behörden der lager und der knäste bis hin zu begrenzten und unbegrenzten hungerstreiks kämpfen die gefangenen immer wieder für bessere bedingungen und verteidigen sich gegen angriffe.

heute sind die palästinensischen politischen gefangenen zunehmend mit der isolation konfrontiert, nicht mehr nur als isolation von den menschen und ereignissen außerhalb der gefängnisse, sondern auch als isolation von den anderen gefangenen innerhalb der knäste: im august letzten jahres wurden 24 palästinensische Gefangenen ins ramleh-gefängnis in einen besonderen isolationstrakt verlegt, in dem sie kaum kontakt untereinander und gar keinen kontakt mit anderen gefangenen des knastes haben können.

die isolation von gefangenen revolutionären ist ein mittel, das in den folterforschungszentren der usa entwickelt, von den repressionsapparaten in der brd in den 70-er jahren übernommen, weiterentwickelt und gegen die gefangenen aus der raf und den anderen guerillagruppen, seit den 80-er jahren auch gegen die gefangenen aus dem widerstand eingesetzt wird. die politischen gefangenen sind dabei vom ersten tag der gefangenschaft an vollständig von ihren gefangenen genossInnen und auch von allen kontaktmöglichkeiten zu anderen gefangenen im Knast isoliert. ihre sämtlichen lebensäußerungen werden kontrolliert, registriert und ausgewertet, besuche von angehörigen und freunden werden überwacht und finden z. t. hinter einer trennscheibe statt.

ziel der isolationsfolter ist die zerstörung der politischen identität der gefangenen ohne äußere spuren zu hinterlassen und die verhinderung von kollektiven lebens- und arbeitsbedingungen in den knästen , in denen die politischen gefangenen teil der diskussion in der revolutionären bewegung sind und bleiben können.

seit 20 jahren kämpfen die politischen gefangenen in der brd mit hungerstreiks gegen ihre vernichtung und für die zusammenlegung. in diesen kämpfen sind mehrere gefangenen ermordet worden.

im zug der umwälzung für das europa '92 der banken und konzerne sind inzwischen alle politischen gefangenen in den westeuropäischen staaten von der isolation bedroht. sie wird von den repressionsapparaten der brd in die westeuropäischen länder und darüberhinaus exportiert. Auch zwischen den westdeutschen und zionistischen justizapparaten gibt es einen informationsaustausch über bedingungen in den knästen.

gerade jetzt kämpfen die gefangenen aus grapo, pce(r) und eta in spanien gegen die zerschlagung ihrer kollektive im knast und für ihre wiederzusammenlegung. diesen streik unterstützen politische gefangene in anderen westeuropäischen knästen durch solidaritätserklärungen und -hungerstreiks.

die gefangenen aus der brd sagen dazu:
"es ist ein gemeinsamer kampf gegen die isolation und für die zusammenlegung, der untrennbar mit dem kampf um die soziale und politische umwälzung verbunden ist. für eine menschliche gesellschaft und für die solidarische beziehung der völker."
und
"an jedem ihrer (der imperialistischen, anm.) projekte wird, indem es bekämpft und verhindert wird, ihre macht zerrüttet, wird ein schritt zu dem ziel gemacht, eine entwicklung zu erreichen, die für die menschen ist, wird ein menschenwürdiges leben, eine klassenlose gesellschaft aufgebaut und raum für die revolutionären prozesse im süden aufgemacht."

wir sind den gefangenen in ihren politischen zielen und kämpfen nah und unterstützen ihre forderungen:

in israel und dem besetzten palästina:
- sofortige schließung von ansar 3,
- freilassung der kranken gefangenen,
- freilassung der kinder,
- rückkehr für alle deportierten.

in spanien:
- wiederzusammenlegung der gefangenen kollektive

in der brd:
- zusammenlegung in ein oder zwei große gruppen,
- freilassung der haftunfähigen,
- freie information und diskussion mit gesellschaftlichen gruppen.

BETR. KLASSENKRIEG 90

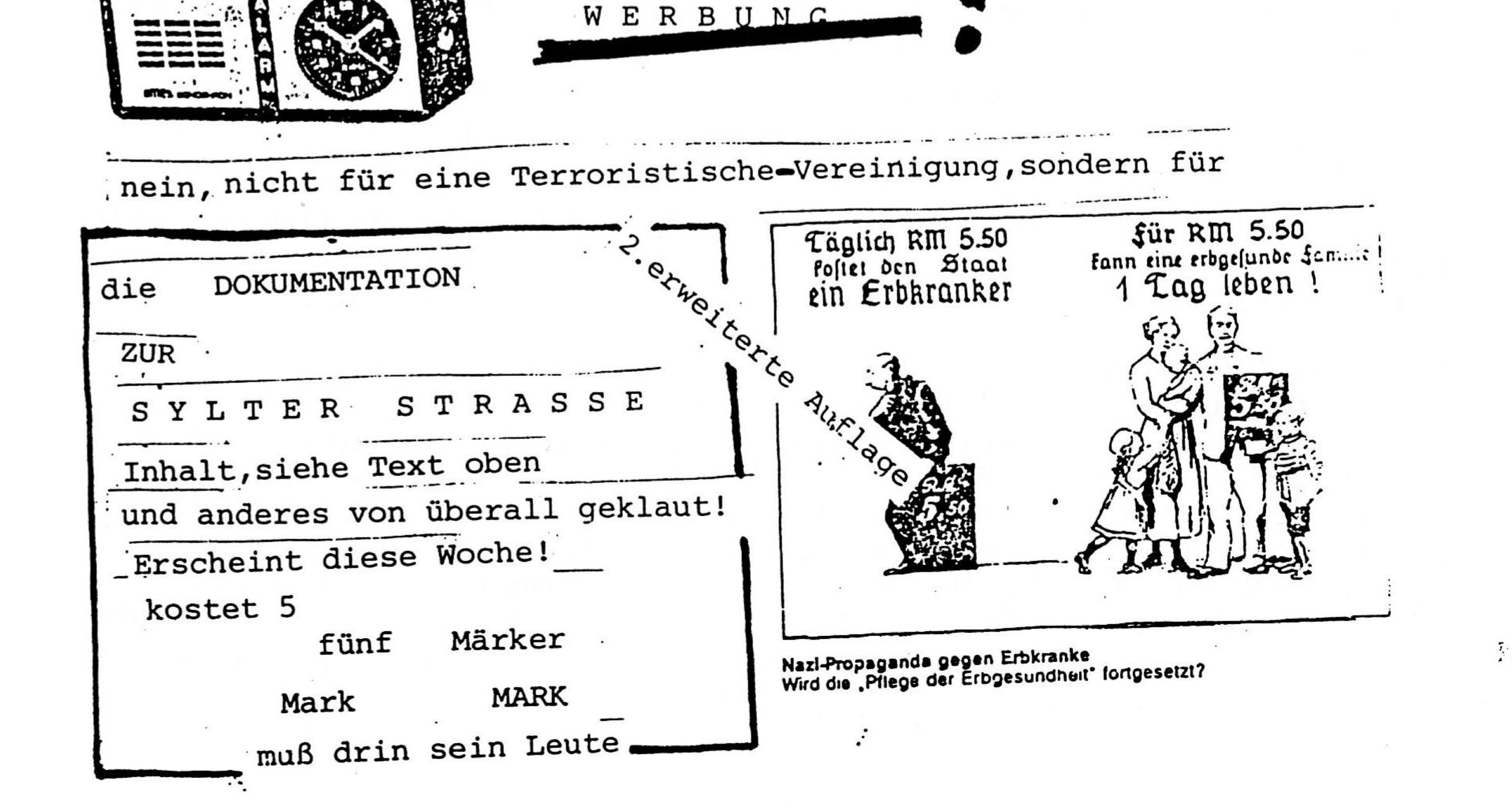
JE SCHWIERIGER DIE ZEITEN DESTO EINFACHER DIE LÖSUNGEN

Betr.: Klassenkrieg 90

Nach Aussagen von Klassenkrieg 90 ist also Bündnispolitik out; als Begründung müssen die Frankfurter Schüsse 87 herhalten, bzw. die nachfolgende Repressions- und Aussagewelle. Das ist ebenso einfach wie falsch: Nicht das Bündnis sondern die ungenauen Umgangsformen führten zu diesem Fiasko. Das belegen unzählige Erklärungen der Betroffenen aus dem Frankfurter Raum.
"Weg von den Bündnissen - hin zur Klasse" aber bitte ohne Bündnisse - komprimierter kann die Widersprüchlichkeit von K 90 nicht dargestellt werden. "Shellkampagne als Szenebeschäftigungsprogramm." - nix gerafft?!
Was machte die Stärke der Hafenstraße zu ihren Hochzeiten aus? Ihre Bündnispolitik hinein bis ins liberale Lager. Oder wohnen in der Hafenstraße Reformisten?
Warum ist die Shellkampagne in den NL so erfolgreich?
Das "Neue Forum" ist laut Aussage also "deutschnational"; wir die Hardcore-Streetfighter sind also nur noch von Feinden, Reformisten und Autonomen, die von K 90 so gerne in Anführungsstriche gesetzt werden, umgeben - echt heroisch. Zwar hat sich vom Neuen Forum eine Gruppierung abgespalten und einen neuen Namen zugelegt, aber der Bürgerverein Neues Forum sagt immer noch Njet zur Wiedervereinigung.
Wenn es auch heute nicht gerne gehört wird, aber alles was es zu Bündnissen zu sagen gibt hat Lenin 1920 in "Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" gesagt; unter welchen Umständen Bündnisse richtungsweisenden bzw. rückschlagenden Charakter haben. Wenn allein der Verweis auf Lenin als zu dogmatisch erscheint, so zeigt eine genauere Betrachtung der Politik der Befreiungsbewegungen weltweit, wie wichtig eine kluge Bündnispolitik ist.
Wenn's auch zu schön wäre, Revolutionen sind eben noch nie von 99% der Bevölkerung gemacht worden, die hinter einer Losung standen.

Wer nicht bündnisfähig ist, hat die Revolution schon verloren.
Auf Wunsch können wir auch noch eine Auflistung der Objekte unserer Begierde einreichen, wenn das der Gradmesser des Widerstandes ist.

Einige militante "Autonome"



Nazi-Propaganda gegen Erbkranke
Wird die „Pflege der Erbgesundheit" fortgesetzt?

BERLINER AUFRUF FÜR EINE UNABHÄNGIGE DDR

FÜR EINE UNABHÄNGIGE DDR -
GEGEN DEN ANSCHLUß DER DDR AN DIE BRD

Was in der DDR unter den Rufen "Freiheit ist immer auch die Freiheit des Andersdenkenden" auf Kirchentreppen begann, hat in der Parole "Freiheit statt Sozialismus" sein Ende gefunden. Die Leipziger Freiheitshelden des demokratischen Aufbruchs bringen nun auf ihren in Bonn gedruckten Flugblättern jene Parole unter das "einig Volk", mit der hierzulande Kritiker diffamiert und mundtot gemacht werden sollen. "Freiheit statt Sozialismus", das heißt in der BRD noch immer: Berufsverbote per Radikalenerlaß, KPD-Verbot, Durchleuchtung, Speicherung und Verfolgung kritischer BürgerInnen mittels des Gesinnungsparagraphen 129a, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Grundstücksspekulation, Aussperrung und Aushöhlung des Streikrechts, sechs Millionen Menschen in Armut. Dies die Kosten einer "Freiheit statt Sozialismus".

Beklatscht und bejubelt wir der Umbruch in der DDR als "friedliche Revolution" - stattgefunden hat jedoch ein Salto-Rückwärts zur kapitalistischen Hackordnung. Gefeiert wird die "Niederlage des Sozialismus", die ausgegeben wird als Beweis für das Scheitern einer Idee. Die antikommunistische Allianz vom Klerus bis zu den "Freiheit statt Sozialismus"-Propheten in Wirtschaft und Politik verkündet die Widerlegung eines Menschheitstraums, die Widerlegung der Utopie einer Gesellschaft ohne die Herrschaft der wenigen über die vielen. Im gleichen Zuge werden all die Menschen als "unbelehrbar" abgestempelt oder gar als Gegner einer freiheitlichen Entwicklung beschimpft, die trotz der Niederlage und der Fehler des real existierenden Sozialismus in der DDR bei ihrer Ablehnung des Kapitalismus bleiben und das Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht aufgesteckt haben.

<u>Wir halten daran fest:</u>
Die Utopie von einer Gesellschaft, in der die Herrschaft des Menschen über den Menschen ein Ende findet, ist ein Ziel, für das es weiter zu kämpfen gilt.

Selbstgerecht wird in diesen Tagen die "Gnade der späten Geburt" in Anspruch genommen, wird von Bonn bis in die Hamburger Spiegel-Redaktion die jüngere Geschichte vom Tisch gewischt und auf das "Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes" gepocht. In nationalistischem Selbstbewußtsein wird pure Anschluß-Politik betrieben, soll die Schuld an den Verbrechen des Nationalsozialismus ein für allemal abgehakt werden. Das bundesdeutsche Kapital macht sich aufs Neue auf in Richtung Osten - mit dem Ziel, Großdeutschland als stärkste ökono mische und militärische Kraft in Mitteleuropa ungehindert wiedererstehen zu lassen. Dem großdeutschen Aufbruch, dem die real existierende DDR 40 Jahre lang die Grenzen gesetzt hat, scheint nun nichts mehr entgegenzustehen.

<u>Wir erinnern daran:</u>
Der Zusammenbruch des "Großdeutschen Reichs" 1945, die Teilung Deutschlands und die Errichtung des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden war das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges. Es war ein Schlag gegen das Bank-, Finanz- und Industriekapital, das 1933 Hitler und die Nazis an die Macht brachte. Krupp, Thyssen, Flick, Daimler-Benz und Compagnie, sie alle sind verantwortlich für die Verbrechen des Nationalsozialismus, für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, der Europa in

Schutt und Asche legte. Hinter den Konzentrationslagern, hinter Dachau, Buchenwald und Auschwitz stehen die Industriegewaltigen und Kriegsgewinnler des "Dritten Reichs" - die Hersteller von "Zyklon B". In ihren Fabriken schufteten hunderttausende FremdarbeiterInnen, ZwangsarbeiterInnen und KZ-Häftlinge, die dem Nazi- und SS-Programm "Vernichtung durch Arbeit" zugetrieben wurden. Von den Kräften, die die Konsequenz aus diesem Grauen bis heute nicht zu tragen gewillt sind, wird die Teilung Deutschlands und die Errichtung eines antifaschistischen Staates seit dessen Bestehen als "Unrecht" bekämpft - seit 40 Jahren mit dem Ziel der nun bevorstehenden Einverleibung.

Gegen den großdeutschen Aufbruch - Mobilisierung auf allen Ebenen

Unter bundesdeutschen Flaggen wird Montag für Montag in Leipzig als ein "Befreiungsschlag gegen den Sozialismus in der DDR" gefeiert, was sich als real existierender Kapitalismus bitter rächen wird. Dies gilt ungeachtet unserer Kritik an den Fehlern des real existierenden Sozialismus. Soziale Errungenschaften, die bisher wie selbstverständlich schon zum DDR-Alltag gehörten, werden jetzt für das kapitalistische Ellenbogenprinzip aufs Spiel gesetzt. Wir sehen, wie sich ein System in die DDR ausbreitet, das die Verweigerung elementarer Grundrechte systematisch zur Herrschaftssicherung einsetzt:

- statt Recht auf Arbeit: zwei Millionen offiziell registrierter Arbeitsloser,
- statt sozialer Sicherheit: über sechs Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze,
- statt Mitbestimmung im Betrieb: wirtschaftliches Diktat aus den Chefetagen,
- statt Sicherung gewerkschaftlicher Rechte: Aushöhlung des Streikrechts,
- statt freier Entscheidung der Frauen, Kinder zu bekommen oder nicht: § 218 und Strafverfolgung,
- statt Chancengleichheit im Bildungssystem: Privilegien für die Kinder der Finanzkräftigen,
- statt sozialistischer Bodenreform: Immobilienspekulation.

Bezahlt wird der bundesdeutsche Luxus, der im Osten als Wohlstand für alle ausgegeben wird, von den Menschen, die nach jahrelanger Arbeitshetze im Betrieb ihre Rente wegen Krankheit nicht mehr genießen können, von den Menschen, die schwere Arbeit in "Leichtlohngruppen" verrichten, bis sie - zumeist noch keine 50 Jahre alt - zum alten Eisen geworfen werden.

Die Zugeständnisse, die sich die bundesdeutsche Arbeiterbewegung zäh erkämpfen mußte, läßt sich das Kapital von den Menschen in der "Dritten Welt" bezahlen. An jeder Staude Bananen, die hier für Pfennige verschleudert werden, hängen Hunger und Tod in der "Dritten Welt".

Diese Eckpfeiler kapitalistischer Realität gehen in diesen Tagen unter in dem geschürten deutschnationalen Wiedervereinigungstaumel von Rostock bis Passau. Mit der Droge Nationalismus wird davon abgelenkt, wer die großdeutsche Rechnung letztlich zu bezahlen hat. Zugekleistert wird die konkrete Perspektive, die da heißt: gesamtdeutsche Arbeitslosigkeit und massiver Sozialabbau hüben wie drüben. Wir befürchten auch, daß dieser großdeutsche Chauvinismus den bereits bestehenden Fremdenhaß und die Verfolgung der Linken weiter verschärfen wird. "Rotes Pack" und "Ausländer raus" wird seit Wochen schon auf Demonstrationen skandiert. In Plauen wurde bereits das Denkmal des Revolutionärs Max Hölz demontiert.

Hinter dem Triumphgeschrei vom "Bankrott des Sozialismus" verschwindet die historische Wahrheit: Die sozialistischen Staaten haben den Kalten Krieg verloren. Mit allen Mitteln und an allen Fronten wurde seit 1917 versucht, die Sowjetunion und die sozialistischen Staaten in die Knie zu zwingen: Durch Totrüstung und ökonomischen Boykott, durch militärische Aggressionen und Interventionen der imperialistischen Staaten wie in Korea und Vietnam, wie gegen Kuba, Nicaragua und Panama. Seit ihrem Bestehen ist die DDR dem ökonomischen und propagandistischen Druck der BRD ausgesetzt. Zur Reparation der Schäden des Zweiten Weltkrieges haben beide deutsche Staaten an die Siegermächte 101 Milliarden DM bezahlt. 99 Milliarden davon zahlte die DDR. Die BRD stahl sich mit einer Zahlung von lächerlichen zwei Milliarden aus der Verantwortung. Darauf und auf den Milliarden aus dem Marshall-Plan baute die BRD ihr Wirtschaftswunder auf.

Vor diesem Hintergrund ist es schierer Zynismus, wie heute ein Bundeskanzler Kohl den Ministerpräsidenten und den gesamten Runden Tisch der DDR als Bittsteller behandelt und ihnen jede Soforthilfe verweigert.

Eingeleitet wird hier nichts anderes als die letzte Etappe des Kalten Krieges: Destabilisierung der DDR bis zu ihrer Übernahme zum Nulltarif.

Dieser Anschluß-Politik stellen wir uns entgegen und rufen auf zu einer Demonstration und Kundgebung am Samstag, den 17. März 1990, Treffpunkt ....

Wir fordern:

- die Anerkennung der staatlichen Souveränität der DDR einschließlich ihrer Staatsbürgerschaft,
- den sofortigen Beginn der Auszahlung des Reparationskostenausgleichs an die DDR ohne jede Vorbedingung,
- Abrüstung und Entmilitarisierung der BRD,
- keine Ausdehnung der Nato nach Osten

Die BürgerInnen der DDR fordern wir auf:

Am 18. März keine Stimme den Wiedervereinigungsparteien.

Als Kundgebungsredner haben bisher zugesagt:
Karl-Heinz Roth, Hamburg - Historiker
Fritz Teppich, West-Berlin - Spanienkämpfer
Wiglaf Droste, West-Berlin - Journalist
Dirk Schneider, West-Berlin - Journalist

Bisherige Erstunterzeichner:
Dr. Klaus Croissant, Rechtsanwalt; Hanne Hiob-Brecht, Dramaturgin; Fritz Teppich, Journalist; Till Meyer, Journalist; Wiglaf Droste, Journalist; Dirk Schneider, Journalist; Maria Kniesburges, Journalistin; Karl-Heinz Roth, Historiker; Detlef Schultze, AStA-Vorsitzender FU-Berlin; Anneliese und Johannes Bornheim, Frankfurt; Benno Hoppmann, MdA-Berlin/AL; Brigitte Ziegler, Betriebsrätin West-Berlin; Aktives Museum Faschismus und Widerstand, West-Berlin; Deutsche Friedensgesellschaft e.V. (DFG); Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus, West-Berlin; Elefantenpress, West-Berlin; Die Mittwochsrunde, West-Berlin; Christa Kroker, Kauffrau; Heinz Kappei, West-Berlin ....

DDR WAHLKAMPF IN WEST BERLIN ?

VERDREHT SICH DENN SCHON WIEDER ALLES?

Warum wir den Abdruck der Rede Gregor Gisys vom 1. Parteitag der PDS wichtig finden

Seit dem 9. November verändern sich die politischen Verhältnisse in rasendem Tempo. Der sozialistische Aufbruch in der DDR der antrat die überholten Werte des stalinistischen Zentralismus abzuschaffen ist in sein Gegenteil verkehrt worden. Das geschah durch die Macht westlicher Politiker, westlicher Medien, durch die Macht der D Mark. Die linke Kritik an der alten SED, die ihre Chance zum Aufbau eines sozialistischen Staates auf deutschem Boden so jämmerlich verspielt hat, diese Kritik ist in ihr Gegenteil verkehrt worden. Die, die den Aufbruch zu einem wirklichen, freien und gerechten Sozialismus wollten sind an die Wand gedrückt worden von den großen und kleinen Schreihälsen, deren einziges Ziel Großdeutschland heißt. Von diesem Großdeutschland ist Schlimmes zu befürchten. Unsere Nachbarn im Ausland, die ausländischen Menschen bei uns haben Angst. Und wer will aufrichtig behaupten, daß diese Angst unbegründet ist?
Die Kritik an der stalinistischen SED ist umgekippt zu einem Angriff auf sozialistische Ideen überhaupt.
In breiter Koalition machen sich Politiker und Medien daran linke Ideen zu diffamieren und auszumerzen. Der Vernichtungskrieg gegen die PDS, die in kurzer Zeit tatsächlich viele Ansätze zur Erneuerung erarbeitet hat, wird auch zum Angriff gegen uns wenn Faschismus und Sozialismu gleich gesetzt werden .
Uns hilft kein Jammern und Verdrängen. DIE LAGE DER LINKEN IN DER BRD UND IN DER DDR IST BESCHISSEN! MACHEN WIR DAS BESTE DARAUS! BENUTZEN WIR UNSERE KÖPFE JETZT! Wir in Westeuropa haben eine Geschichte der linken Bewgungen. In Osteuropa und im Trikont gab und gibt es Kämpfe für den Sozialismus. Wir haben nicht das Recht das alles auf den Abfallhaufen zu werfen. Wir haben die Verpflichtung uns der politischen Situation zu stellen. Sonst wird es einmal heißen: Die Linke in der BRD und WestBerlin ist nicht nur tot, sie stinkt schon!
Die PDS ist eine sich neu formierende linke Partei. Prüfen wir ihre programmatischen Ansätze. Es geht nicht darum sich die warme Mütze einer 600 000 Mitglider starken Partei aufs leere Haupt zu stülpen. Ein kritisch solidarisches Interesse, das die verstellende Propaganda unserer Medien durchstößt, halten wir jedoch für unerlässlich .

Viele Programmpunkte der PDS überschneiden sich mit unseren Forderungen. Wie weit die PDS eine wirklich linke sozialistische Partei werden kann, wie weit sie es in einem "Großdeutschland"bleibt, das hängt auch davon ab wie stark Forderungen an sie herangetragen werden. Die Existenz der Partei kann in Zukunft davon abhängen wie groß das Potential derer ist die sich gegen ein Verbot der Partei aussprechen.

Im Informationsbüro der PDS gibt es ab Anfang nächster Woche die gesammelten Redebeiträge als Reader.

DIE WORTE DES VORSITZENDEN ...

● Wir sind dabei, uns konsequent vom Geist und den Methoden einer administrativ-bürokratischen Staatspartei zu lösen. Neue Strukturen an der Basis und neue, demokratisch gewählte Vorstände prägen die Partei.

● Die demokratische Umgestaltung in der DDR hat viele neue Parteien hervorgebracht. Eine davon ist die Partei des Demokratischen Sozialismus.

● Wir wollen weder Klassenpartei in engem Sinne sein noch Vorhut, sondern sind offen für alle, die für soziale Gerechtigkeit eintreten, vor allem für die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Gysi: Ja. Ich bin ja nach wie vor ein Anhänger des demokratischen Sozialismus und gehe davon aus, daß das eine Gesellschaftsordnung ist, die sich durchsetzen wird. Ich kann Ihnen natürlich nicht sagen, wann. Wir hatten im real existierenden Sozialismus eine Phase, die wird jetzt als zentralistisch-administrativ bezeichnet, man könnte sie auch als feudalistisch oder absolutistisch bezeichnen: Die Macht hatte sich immer mehr in den Händen eines Mannes konzentriert, fast alles war zugeschnitten auf seine Person, und wenn er was wollte, dann war das so gut wie Gesetz. Wenn er sagte: Raus aus dem Gefängnis!, dann war der Gefangene auch in ein oder zwei Stunden draußen — also es konnte auch etwas Nettes dabei herauskommen, wie das ja immer bei Monarchen der Fall ist.

Das hing in der Anfangsphase objektiv mit der Notwendigkeit der Industrialisierung zusammen. Der Feudalismus hatte seine historische Mission, die Industrialisierung bis zu einem Stand zu führen, in dem kapitalistische Verhältnisse eingeführt werden müssen, in Rußland noch nicht vollendet. Also haben sich nach der Revolution solche Strukturen herausgebildet. Für diese erste Phase kann man möglicherweise Stalin nicht mal übelnehmen, daß er ein König war, sondern nur, daß er kein guter war.

Und jetzt kommen wir offensichtlich in die nächste Phase des Sozialismus, die man auch als marktwirtschaftliche bezeichnen kann, bevor dann die, wie ich meine, dritte Phase folgt, die sich dem Kommunismus nähert. Die Industrialisierung ist erreicht, und nun muß die Effektivität erreicht werden. Und wenn man es schafft, sie mit einer starken sozialen und ökologischen Komponente zu versehen, dann kann das die nächste Etappe vorbereiten. Denn es ist natürlich eine Illusion zu glauben, daß es in den westlichen Industrieländern, in denen überall eine ziemlich hohe Effektivität der Wirtschaft erreicht worden ist, eine Annäherung an die Lösung der globalen Menschheitsprobleme gibt.

● Wir messen unser Handeln an den humanistischen und sozialen Idealen des Sozialismus, des Antifaschismus, der Demokratie. Eine friedliche solidarische Gesellschaft freier Menschen ist unser Ziel.

Gysi: Das ist es ja, was ich sage: Wir brauchen objektiv einen dritten Weg. Wenn wir ihn nämlich nicht finden, geht diese Zivilisation unter. Der Mechanismus ist ganz einfach: Die herrschenden Interessen sind bisher gegen die Interessen der Menschheit gerichtet: gegen eine gerechte Weltwirtschaftsordnung für die Dritte Welt, Umweltschutz und Abrüstung. Das erfordert einen ungeheuren Kampf, und daran wird die Menschheit zugrunde gehen, wenn sie es nicht schafft, ein System zu finden, in dem herrschende Interessen und Menschheitsinteressen sich annähern.

● Wohin wir streben: zu einer waffenfreien, friedlichen Welt, zu einem vereinigten Europa mit einer deutschen Konföderation in seiner Mitte, zu einer Marktwirtschaft in unserem Lande, die im Wortsinn sozial ist, zu einer Solidargemeinschaft.

Gysi: Nein, das ist nicht so weit weg von den Problemen. Ich will Ihnen ein ganz konkretes Beispiel nennen: Es geht schon los mit den Fragen der Souveränität. Wenn nun mal in einem Staat ein Großteil der Urwälder dieser Welt liegt und dieser Staat in Ausübung seines Souveränitätsrechts diese gesamten Wälder abholzt, kann ihn heute niemand hindern; das ist völkerrechtlich nicht machbar. Betroffen aber ist die ganze Welt davon. Da stellen sich doch einfach bestimmte Fragen neu. Man kann doch das nicht einfach wegwischen und sagen, naja, haben wir Pech gehabt.

● Es spricht ganz gewiß für unsere Partei, daß auch viele Parteilose in ihr einen Hoffnungsträger gegen eine Vereinnahmung der DDR durch die BRD sehen.

● Nur wenn die DDR als souveräner, gleichberechtigter Partner am Einigungsprozeß teilnimmt und auch in der BRD ein Wandel stattfindet, kann dieser historische Prozeß der Einigung zum Guten für die Bürger in beiden deutschen Staaten und zum Guten für die Einwohner von Europa führen.

● Unsere Partei engagiert sich für ein Zusammengehen mit allen demokratischen linken Kräften, die für ein entmilitarisiertes demokratisches Europa des sozialen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Fortschritts wirken.

Gysi: Sie werden jetzt von mir keine Prognose hören, die darauf abzielt, daß die Perestroika scheitert. Wie sie sich weiterentwickelt, wird sich in den nächsten Monaten entscheiden. Ich gebe ihr eine gute Chance, weil sie vom Ansatz her tatsächlich besser in der Lage ist, die globalen Probleme zu lösen. Für mich ist das zum Beispiel, wenn wir mal die Wirtschaft nehmen, eine Frage von Proportionen. Ich glaube nämlich, die richtige Mischung aus Volkseigentum, meinetwegen Staatseigentum noch, Anteilseigentum im Sinne von wirklichem genossenschaftlichen Eigentum, gemischte Eigentumsform und Privateigentum könnte für eine bestimmte Phase tatsächlich eine Lösung aktueller Probleme sein, und zwar aus folgendem Grunde:

Die Interessen sind in den Eigentumsformen unterschiedlich, bei einem wirklichen Anteilseigentum ist das soziale Interesse immer größer, d.h. die Mitglieder werden immer dazu tendieren, den erzielten Gewinn für sich zu nutzen. Bei Privateigentum ist das Interesse am Gewinn, der Investitionen ermöglicht, immer größer als an Sozialleistungen. Und wenn jetzt die Proportionen stimmen, könnte es zu folgendem Interessenausgleich kommen: Die Genossenschaften werden gezwungen zu investieren, um konkurrenzfähig zum Privateigentum zu bleiben, Privateigentum wird gezwungen, sozial zu bleiben, weil es sonst auf dem Markt der Arbeitskräfte nicht bestehen kann. Dasselbe gilt für das Volkseigentum, das sich dabei einordnen kann, das dann ja auch eine Art Anteilseigentum ist und zudem noch die Möglichkeit besitzt, über den eigenen Betrieb hinaus soziale Leistungen einzubringen, auch Umschulungsprogramme etc.

● Gemeineigentum soll nicht verschwinden, sondern so umgestaltet werden, daß es wirklich gemeinsames Eigentum des Volkes wird.

● Der Angst vor politischem Druck und Bespitzelung, die von den Bürgern genommen ist, darf nicht die Angst um Wohnung und Arbeitsplatz und soziale Existenz und vor allem neuer Ausgrenzung folgen.

Gysi: Aber die Weltlage sieht doch im Augenblick so aus. Man kommt ja gar nicht umhin. Ich würde mir ja auch erträumen, daß ganz andere Eigentumsformen alleine Bestand hätten, aber man muß den Stand der internationalen Arbeitsteilung erstmal nehmen, wie er ist, und versuchen, sich neue Gedanken zu machen, wie bestimmte Proportionen und damit bestimmte Eigentumsformen und damit auch soziale Leistungen und Sozialismus zu retten sind. Zumindest von seinen Ansätzen her und in seinen Entwicklungschancen. Das ist das, was Herr Kohl nicht will.

Wir haben uns erlaubt, den Abdruck von Gysis Rede auf die programmatischen Punkte am Anfang zu reduzieren und sie jeweils mit Äußerungen von Gysi zu ergänzen, die er in einem Interview in der "Konkret"3/90 gemacht hat.

INTERNATIONALISTISCHE HAUSBESETZUNG

Wir, Leute aus DDR und BRD, haben die Köpi 137 in Ost-Berlin besetzt

Der Deutschland-Wiedervereinigungswahn, von West-Parteien und den Medien angestachelt, ist ein gut alles zudeckendes Alibi für eine direkte Ausweitung von Interessen und Einflüssen des kapitalistischen Systems.

Parallel zu den Höhenflügen der Deutschtümelei in Ost und West laufen verstärkt staatliche Repression, Intoleranz und Unterdrückung gegen Nicht-Deutsche, Frauen und soziale "Minderheiten", die in der DDR oder BRD leben, z.B. Hetze gegen PolInnen, Abschiebungen, neue AusländerInnengesetze, Sozialabbau, der vor allem alleinstehende Frauen mit Kindern trifft, Aufbau eines reaktionären Frauenbildes.

Vereinzelung, Hierachie und Konkurrenz in allen Lebensbereichen, die sowohl im Staatssozialismus als auch im Kapitalismus Instrumente der Unterdrückung waren und sind, sollen uns nun noch verstärkt entsolidarisieren, selbstbestimmtes Handeln verhindern und Widerstand unmöglich machen.

Wir lassen uns unser Bewußtsein nicht von Konsumversprechen, Nationalitäterätä oder staatlicher Bevormundung vernebeln. Wir können eigenständig denken, leben und handeln. Wir wollen die Köpi 137 nicht westlichen Grundstücks-Spekulanten überlassen, sondern das Haus erhalten und darin unsere eigenen Lebensformen entwickeln und Raum bieten für Vorstellungen und Ideen, die der Macht-Männerpolitikbetrieb "links" liegen läßt, für Projekte, Combos, Kapellen, Theater ... , alles, was undeutsch ist, war, sein wird.

CAFE + KNEIPE AB 10.03.

ANTIWAHLFETE 17.03.

ÜBERFALL auf die besetzten Häuser Marchstr. / Einsteinufer

Bullen und Faschos Hand in Hand

Am Abend des 20.2. gegen 20.30 Uhr warf eine Gruppe Faschos die Tür in unserem Info-Cafe "Vamos" mit mehreren Pflastersteinen ein und gaben gleichzeitig Schüsse aus einer Gaspistole auf uns ab. Als wir sie stellten, gaben sie weitere Schüsse auf uns ab und zogen ihre Springmesser. Sie wurden entwaffnet.

Kurz danach fuhren Bullen vor unseren Häusern auf, um 21.30 Uhr umstellten sie den Block. Mit ständig wechselnden Drohungen und Erpressungen versuchten sie, einen Grund für eine Räumung zu konstruieren. Erst forderten sie uns ultimativ auf, ihnen eine Gaspistole zu übergeben, sonst würden sie das Haus durchsuchen. Dies solle zu unserem "Schutz" geschehen, um den Fall "aufzuklären". Wir übergaben ihnen die Waffen der Faschos (eine Gaspistole und zwei Springmesser). Das reichte ihnen aber nicht. Sie bestanden darauf, uns unter Aufnahme der Personalien in unserem Haus weiter zu "beschützen". Wir verweigerten sie ihnen.

Daraufhin zogen vor dem Vorderhaus auf der Marchstraße etwa 150 Bullen mit Technischen Einheiten und SEKs (Kletterausrüstung, Schußsichere Westen) auf. Die Fassade wurde taghell ausgeleuchtet, eine Hebebühne und Leitern bereitgestellt.

Hier haben die Bullen wieder einmal gezeigt, daß ihnen jedes Mittel recht ist, in ein besetztes Haus zu kommen. Sie bedienten sich dabei gerne der Hilfe der Faschos, die das Ganze aus einem Logenplatz im Bullen Sixpack begaffen durften.

Mittlerweile hatten wir einen Rechtsanwalt alarmiert und UnterstützerInnen mobilisiert. Gleichzeitig wurde Hilde Schramm, MdA, eingeschaltet.

Einige Leute von uns, der Anwalt und H.Schramm verhandelten mit dem Einsatzleiter. Inzwisthen hatten die Bullen die Marchstraße auf beiden Seiten abgesperrt, eintreffende Unterstützerinnen und Unterstützer wurden von den Bullen abgedrängt.

Nach langen Verhandlungen und dem Eintreffen von über 100 UnterstützerInnen (das war toll, wir haben uns sehr gefreut) mußten sich die Bullen schließlich auf einen Kompromiß einlassen, trotz ihrer Übermacht, trotz ihres riesigen technischen Aufwandes und trotz ihrer festen Absicht in mindestens zwei der Häuser einzureiten. Dies geschah in letzter Minute, im Erdgeschoß waren schon die ersten Bullen durchgebrochen und versuchten gerade gewaltsam ins Treppenhaus vorzudringen. Der Einsatzleiter mußte sie zurückpfeifen. Der Einsatzleiter und drei Kripobeamte machten in Begleitung unseres Anwalts und von H.Schramm eine etwa 10 minütige Hausbegehung, für die Personalien der Anwesenden zeigten sie auf einmal kein Interesse mehr.

Noch während sich die Bullen dann noch überlegten, auch ins Hinterhaus zu gehen, drängten die Unterstüterinnen und Unterstützer vor das Haus. Das entschied die Situation endgültig für uns. Die Bullen zogen ab.

Wiedereinnmal haben Bullen und Faschos gezeigt, das sie Hand in Hand arbeiten in der Bedrohung linker und kritischer Menschen, bei der Repression gegen Antifaschistischer Selbsthilfe.

Welches Ergebniss hatte der Einsatz für die Bullen, welches Ziel hatte er?

Ihr konkretes Verhalten legt nahe, daß es nicht die Aufklärung eines Überfalls war. Sie waren im Info-Cafe, einige von ihnen im Haus, sie haben ausprobiert wie man reinkommt. Der Einsatz hatte Manöverfunktion für einen Räumungsversuch.

Das sie sich auf sowas einstellen hat auch das verstärkte Zivi- und Bullenaufkommen um die Häuser in den letzten Wochen gezeigt.

Das Vorgehen der Polizei und die Presseberichterstattung sind teil einer Kriminalisierungs- und Verleumdungskampagne die schon seit Anfang der Besetzung gegen uns läuft.

MARCHSTR 1-STEINUFER BLEIBT!

Krieg den Palästen, Friede den Hütten

zur demo am 27.2. kamen trotz der scheißkälte ca. 45o leute.Trotz kaputtem latsprecherwagen mit viel power und vielen parolen.Seit langem mal wieder ne starke demo hier in charlottenburg.Das ein fascho-skin mit knarre die demo anpöbelte, was die bullen gleich zu nem einsatz ausnutzten(1 verhafteter), ist die fortführung desen,was sie eine woche zuvor in der marsh abzogen.

Hafen, Sprengel, Lübbi, Marchstr. Remise bleiben

verteidigt alle besetzten Häuser und Zentren

keine Räumung von Brümmerstr. und Eisenbahnbüro

Solidarität mit allen kämpfenden Menschen

Naziterror in Heilbronn

Im Windschatten der neofaschistischen Wahlerfolge kommt es in Heilbronn immer wieder zu brutalen Angriffen faschistischer Gruppen gegen Menschen, die nicht in deren dumm-deutsch-nationales Weltbild passen.

Versuchter Brandanschlag auf linken Infoladen

In der Nacht vom 16. auf den 17. Sept. 89 wurde auf den *Infoladen linker Gruppen* in Heilbronn ein Brandanschlag verübt. Glücklicherweise ging das Feuer, ohne größeren Schaden anzurichten, von allein aus. Die Täter hinterließen einen Aufkleber mit der Aufschrift "*Hooligans gegen Links.*" In dem Haus befinden sich vier Mietwohnungen, die Faschisten nahmen die Gefährdung des Lebens dieser völlig unbeteiligten Personen billigend in Kauf.

Schrebergartenhaus überfallen.

Am Tag nach dieser Veranstaltung überfallen Jungnazis ein Schrebergartenhaus, in dem sich junge Punks aufhalten. Zum Zeitpunkt des Überfalls sind zwei Frauen anwesend. Vor ihren Augen demolieren die Faschos Fenster, Fensterrahmen und die Einrichtung. Mit dem Versprechen wiederzukommen verlassen sie den Scherbenhaufen.

Gegen 1 Uhr in der Nacht vom 13. auf den 14.10. wird bekannt, daß ein bewohntes Gartenhaus in Neckargartach, das vor 2 Wochen schon einmal von Neonazis überfallen wurde, abgebrannt worden ist. Zu diesem Zeitpunkt befand sich niemand darin.

Ca. 10 Leute wurden beobachtet, die das Haus mit Leuchtspurmunition beschossen.

Zum oberen Teil des Hauses, in dem sich Schlafgelegenheiten befanden, führt eine Leiter. Diese war vor dem Brand umgestoßen worden. D.h. die Brandstifter haben für eventuelle BewohnerInnen die Fluchtmöglichkeit aus dem brennenden Haus abgeschnitten. *

Drohanrufe und Drohbriefe.

Politisch aktive, links stehende Menschen und andere, die sich in der Öffentlichkeit kritisch äußern (z.B. in Leserbriefen) erhalten in letzter Zeit immer häufiger Drohbriefe und Anrufe mit offenen Mord- und Vergewaltigungsankündigungen. Da heißt es z.B. in einem Brief, der mit "*JN*" (Abk. für "*Junge Nationaldemokraten*") unterzeichnet ist: "*... Du rote Sau, wir legen die für immer das Handwerk. Wir kennen deine Wege von früh bis spät. Du entkommst uns nicht, wir erwischen dich eines Nachts und erledigen dich Anarchoschwein*". Politisch aktive Frauen scheinen die Nazis als eine große Bedrohung aufzufassen. In Drohbriefen und Anrufen an solche Frauen lassen sie ihren brutal chauvinistischen Phantasien freien Lauf: "*Wir packen dich, egal ob hinten oder vorne, dann hast du den richtigen Denkzettel, du verkommenes Linkes Schwein. Nehm sie richtig ran, dann merkt sie wie's langgeht ... JN*". Bei einem Anruf wurde versucht die Kinder über den Arbeitsplatz des Betreffenden auszufragen.

Faschisten fertigen schwarze Listen.

Bei allen antifaschistischen Aktionen der letzten Zeit sind Faschisten (bei "Republikaner" Veranstaltungen direkt durch Funktionäre angeleitet) mit Videokameras und Fotoapparaten eingesetzt um Bildmaterial von AntifaschistInnen zu fertigen. Von TeilnehmerInnen der "Antifaschistischen Stadtbegehung" zur Rede gestellt, gab ein NPDler offen zu an einer "Dokumentation" über Heilbronner AntifaschistInnen zu arbeiten.

GEGEN NAZIS

* Nach dem Anschlag war dann in einem miesen Nazi-Schreiben zu lesen:

Wir wünschen allen "plötzlichen" Obdachlosen Punkern ein frohes und kaltes Weihnachtsfest.

Gegen Naziterror – überall!

Kontaktadresse:
Infoladen, Mozartstr. 11, 71 Heilbronn, tel: 07131/ 627 154

BÜCHERVERBRENNUNG 1933 - NSDAP
DENKMALSSCHÄNDUNG 1990 - CDU



Haft für Hoelz?



In der Werkstatt des Falkensteiner Heimatmuseums stöberte ND die Büste des legendären Max Hoelz auf, die CDU-Mitglieder des Ortes kürzlich von ihrem Sockel entfernten.

In den Tagen wäre der Revolutionär Max Hoels 100 Jahre alt geworden. Vor kurzem wurde die Büste von Hoelz in seinem Heimatort und Aktionsfeld Falkenstein (Vogtland) durch CDU-Mitglieder von ihrem Sockel gerissen. Soll Hoelz wieder "verunglücken", wie 1933 in der stalinistischen Sowjetunion? Vergleiche zur Bücherverbrennung der Nazis drängen sich auf. Die faschistoide Handschrift ist die selbe...

Es wird eine Zeit kommen, wo das Proletariat nicht mehr sagen darf:

" WIR KÖNNEN NICHT KÄMPFEN, WIR HABEN KEINE WAFFEN. MIT DEN HÄNDEN, MIT DEN FÄUSTEN MUSS ES SEINE GEGNER ZERREISSEN! SOLANGE DIE HERRSCHENDE KLASSE ES FERTIGBRINGEN KANN, MIT ZWEI BIS DREI MASCHINENGEWEHREN ZEHNTAUSEND DEMONSTRANTEN IN DIE FLUCHT ZU JAGEN, SO LANGE WIRD IHRE HERRSCHAFT DAUERN. ABER IN DEM AUGENBLICK, IN DEM SICH DAS PROLETARIAT AUF DIE GEWEHRE STÜRZT UND SIE ZERTRÜMMERT ODER SIE UMDREHT, KOMMT DIE WIRKLICHE REVOLUTION! VOR DIESER SOLLEN SIE UND DIE HERRSCHENDE KLASSE ZITTERN!"

Max Hoelz



Die Gruppe "AKTION-ROT-SCHWARZ" wendet sich an alle antifaschistischen Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen mit der dringenden Bitte, all ihren Protest aufzubieten, um die CDU von einem neuen Verbrechen abzuhalten.

Aufruf zur Antifademo in Leipzig am Sonnabend, den 10.3.'90

Da zu dieser Demo vorrangig von verschiedenen Antifagruppen der DDR mobilisiert wurde, ergeben sich unserer Meinung nach folgende Probleme:

Die Antifa Leipzig hätte von sich aus diese Demo nicht gemacht, da der Terror von rechts so groß geworden ist, (500 glatzen auf der Montagsdemo sind nur die Spitze vom Eisberg), daß jedes öffentliche Auftreten von Antifas Diskrimminierungen nach sich zieht bzw. zu einer konkreten Bedrohung für diese wird.
So werden zB Leute, die als Antifaschist/inn/en bekannt sind, in manchen Kneipen/Geschäften nicht bedient. So manche/r traut sich aus Angst vor Prügel nicht mehr auf die Straße.

Jetzt ist die Situation so, daß die leipziger Antifaschit/inn/en aufgrund der breiten Mobilisierung die Demo doch wollen, jedoch Angst haben vor den zu erwartenden Reaktionen der Faschos nach bzw. während der Demo.

LEIPZIG

10.3.90.

15⁰⁰ Uhr

Am Brühl

UND DESHALB IST ES DIESMAL SO; DASS GENAU DU WICHTIG BIST!

KOMMT MASSENHAFT NACH LEIPZIG!

ES GIBT NUR DIE EINE LÖSUNG, UM DER ANGST UND DEM FASCHISTENTERROR ZU BEGEGNEN: DASS WIR GANZ, GANZ VIELE WERDEN; DASS DIE DEMO NOCH LANGE NACHWIRKEN MÖGE!!

Nazis in der DDR?

In den letzten Tagen ist immer wieder von der wachsenden Gefahr von "Rechts" zu hören und zu lesen und daß diese "natürlich" vom Westen ausgehe. Und dann wird davon geschwatzt, daß diese "Erscheinung" natürlich "nur" wirksam bekämpft werden kann, wenn ein Amt für Verfassungsschutz in der DDR errichtet wird. Dies alles ist unwahr. Dazu einige Fakten. So gibt es eine öffentlich wahrnembare Neonazi-Szene in der DDR bereits seit Anfang der achziger Jahre. Hierbei handelt es sich um einen Teil der Skinheadbewegung, der durch nationalistisches, bzw. faschistisches Gedankengut beeinflußt wird. Sie beschränkten sich hauptsächlich auf militante Ausschreitungen gegen "gegnerische" Fußballfans, Ausländer, Punks, Grufties usw. Eine Organisierung erfolgte nur teilweise, regional, in kleineren Grüppchen, mit nur geringem Kontakt zu anderen. Sie wurden durch die Öffentlichkeit nur schwach wahrgenommen, sowie von Staat und Medien vertuscht. Als im Herbst 1987 Nazi-Skins die Ostberliner Zionskirche überfielen, kam mann/frau seitens des Staates nicht mehr um das Problem herum. Nach einigen Wochen, nachdem der größte Teil der Skins längst wieder in der grauen Masse der Bevölkerung untergetaucht waren, präsentierte man plötzlich acht Personen, die als angebliche Hauptschuldige verurteilt wurden. In der Folgezeit wurden einige halbherzige administrative Maßnahmen eingeleitet, hin und wieder einige Skins zu Haftstrafen verurteilt, aber im Großen und Ganzen wurde dieses Thema wieder zum Einschlafen gebracht. Alle Bemühungen von Antifas, dem entgegen zu wirken, wurden massiv von Stasi und Medien behindert. Erst seit dem politischen Umschwung, ist es den Antifas möglich, öffentlich und ungehindert aufzutreten.

Jedoch sind Nazi-Skins nur die Spitze des Eisbergs. Viel gefährlicher sind die faschistischen Untergrundorganisationen, was anfangs auch unabhängigen Antifa-Gruppen nicht deutlich war, jedoch in letzter Zeit immer deutlicher wurde Hier nur einige Beispiele:

- Bereits, lange vor der "Wende", wurden in der DDR Tochterorganisationen der westdeutschen, neofaschistschen FAP sowie der nationalrevolutionären National Front gegründet. In allen größeren Städten gibt es sogenante "Ortsgruppen" von ca. acht bis zehn Persconenen. Diese Gruppen stehen über Kontaktleute in Verbindung und sind nach dem Schneeballprinzip innerhalb von Stunden mobilisierbar.
- Bereits vor der "Wende" bildeten sich Ortsverbände der Republikaner. Es handelt sich derzeit um ca. fünfzehn Verbände. Nach vertraulichen Informationen soll der Verband Berlin-Marzahn ca. 800 und der Verband Berlin- Lichtenberg ca. 300 Mitglieder umfassen.
- Der Fan-Anhang des Fußball Klubs BFC Dynamo besitzt einen harten Nazi-Skinkern von ca. zweihundert Personen. Es bestehen teilweise enge Kontakte zum harten Kern des Herta BSC-Anhangs.

Eine derartige Spezifizierung wird von den Parteien und Organisationen nicht vorgenommen. Es wird eine Einheitssoße produziert. Zum einen durch die PDS,da sie pauschal mit dem Ruf nach Einheitsfront gegen Rechts und Verfassungsschutz Wahlkampf betreibt, sowie oppositionelle Gruppen wie z.B. Demokratischer Aufbruch, SPD, DSU/CDU, die hauptsächlich im Süden der DDR die Bevölkerung gegen Vereinigte Linke und Antifas aufhetzt, indem sie behaupten, sie wären nur Spitzelorganisationen der Stasi und der PDS. Das Thema Faschismus sei nur Lügen- und Wahlpropaganda der Kommunisten. Es ist bitter nötig, endlich eine umfangreiche, intensive Vergangenheitsbewältigung, öffentlich und unter der Menschen in unserem Land durchzuführen. Es ist an der Zeit, Ursachenforschung und -beseitigung zu betreiben. Dies kann nur unter Beteiligung der Jugendlichen,vor allem aber mit diesen, die bereits ins faschistische Lager gerutscht sind oder damit sympatisieren, geschehen. Es kommt darauf an, eine demokratische, gsolidarische Gesellschaftsform zu schaffen, die faschistischen, nationalistischen und vor allem ausländerfeindlischen Gedankengut den Boden entzieht.

ES IST ZEIT SICH ZU WEHREN
ES IST ZEIT FÜR DIE ANTIFASCHISTISCHE SELBSTHILFE
ES IST ZEIT FÜR ANTIFA-GRUPPEN

Wenn Ihr Fragen an uns habt: Autonome Antifa Berlin/Hauptstadt, Kirche von Unten, Elisabethkirchstr.21, Berlin 1040 / Antifa-Cafe: dort, jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat 15 Uhr

ABSURDES THEATER

Zur AL-Veranstaltung: 1 Jahr Rot-Grün/ Bereich Polizei- VS

DIE BILANZ

Das Treffen war mäßig besucht, nur ca. 20 Leute waren in einem Saal des Rathauses Schöneberg erschienen. 3 ALerInnen trugen vor, was sie nach 1 Jahr Tätigkeit in der Koalition auf den Gebieten Polizei, VS (und soweit damit zusammenhängend auch Datenschutz) für wichtig hielten. Tenor war: Überall wurde wenig erreicht.
Die Polizei setzte ihre Vorstellungen bei der Neuanschaffung von Material, beim Neubau eines Polizeigebäudes, bei der Nicht-Reduzierung der Polizeistärke usw. zu 99% durch. Der Forderung der AL nach Abschaffung des VS wurde natürlich nicht nachgegeben. Groß herausgestellt wurden einige wenige "Erfolge", die angesichts der Komplexität der genannten Bereiche nur Details sein können.
Die Abgeordnete Schraut wollte seit dem 1. Mai 89 ein anderes, gewaltfreieres Verhalten der Polizei gegenüber DemonstrantInnen festgestellt haben. JedeR, die/der nach dem 1. Mai 89 auf Demos war, weiß, daß das nicht stimmt. Nachdem die Abgeordnete Schraut diesen vermeintlichen Sachverhalt den halben Abend lang immer wieder angeführt hatte, wurde es ihrem Kollegen Ströbele zu viel. Er wies darauf hin, daß die Polizei sich nach dem 1. Mai 89 kaum anders verhalten hat als unter dem CDU/FDP-Senat. Selbst eine AL-Demo (Panama) wurde ins Spalier genommen usw. Daraufhin verschwand diese Behauptung von der Bildfläche, so als wäre sie nie gefallen. Soviel zum ersten "Erfolg".
Beim Berliner VS soll es nun kostenlos, beim Informationssystem Verbrechensbekämpfung gegen 10 DM möglich sein, daß auf Anfrage alle Personen die über sie gespeicherten Daten mitgeteilt bekommen. Es ist jedoch bekannt, daß einer ganzen Reihe von Leuten aus Kreuzberg die Auskunft verweigert wurde. Die Bereitschaft der Ämter Auskunft zu geben, hängt offensichtlich davon ab, um wen es sich handelt. Auch auf völlig gleichlautende Anfragen wurde teils Auskunft erteilt, teils nicht. Der Hinweis der Abgeordneten Schraut, den Behörden müsse zusätzliche Angaben gemacht werden (wann und warum könnten Informationen über mich gespeichert worden sein ?), damit diese wüßten, wo in ihren Dateien sie zu suchen hätten, kann glauben wer will. Mal abgesehen davon, daß die Anfrage so den Charakter einer Selbstanklage bekommt, hieße das ja, ohne diese Angaben könne der VS Anfragen aus dem eigenen Haus, von Polizei und Innensenat genausowenig beantworten.
Die Abgeordnete Künast verbuchte es als Erfolg, daß eine Behördenakte, die anläßlich der Verhaftung Claudia Orlowskys angelegt worden war, "entstempelt" wurde. Soll heißen: Die Geheimhaltungsstufe der Akte wurde aufgehoben. Dies gelang aber nur, weil die AL ausnahmsweise belegen konnte, daß in dieser Akte nichts Geheimhaltungsbedürftiges steht. Die AL sorgte nun für die formale Aufhebung der Geheimhaltungsstufe und ermöglichte den Zugang zu Informationen, die ohnehin bekannt waren. Wir fragen uns, welchen Sinn solches Treiben haben soll.
(Fortsetzung der "Erfolgsbilanz" gegen Ende des Flugblattes)

DIE "BEGRÜNDUNG" FÜR DIE FORTFÜHRUNG DER PARLAMENTARISCHEN ARBEIT

Den geneigten LeserInnen dieser Zeilen werden nun mehrere Leckerbissen aus der hohen Schule des Kombinierens geboten. Die "Argumentationslinie" für "Mehr Parlament" lautet wie folgt:
1) "Wir haben wenig erreicht, aber unsere Arbeit war wichtig. Deshalb müssen wir unsere Arbeit im Parlament fortsetzen."
Wir denken, daß wir bisher ausreichend angedeutet haben, wieso wir die Wichtigkeit dieser parlamentarischen Arbeit nicht sehen. Im zuletzt genannten Beispiel handelt es sich um einen Fall freiwilliger Beschäftigungstherapie.

2. "Schuld an unserem geringen Erfolg ist a) eine momentan nicht existierende Bewegung und b) die taz."
Das ist wirklich der Gipfel der Absurdität. Die AL-ParlamentarierInnen sind wirklich tragische Figuren: Sie setzen sich auf Regierungs- und sonstige Rathausbänke und keine Bewegung entsteht und kämpft (für sie). Das "Argument", die nicht vorhandene Bewegung wäre schuld, entspringt dem Konsumdenken der AL, daß diese gefälligst den politischen Handlungsspielraum zu erkämpfen hätten, mit dem die AL sich produzieren will. Jahrelang hat das ja tatsächlich so funktioniert. Al wie auch Mieterläden, taz haben sich der Hausbesetzerbewegung Anfang der 80er und anderen Bewegungen angehängt und sind in ihrem Windschatten großgeworden.
Die AL konzentriert sich heutzutage ganz zentral auf ihre Parlamentsarbeit und nicht etwa darauf, außerparlamentarische Bewegungen in Gang zu bringen. Die Arbeit im Parlament ist aber gegenüber politischer Arbeit außerhalb des Parlaments von nachgeordneter Wichtigkeit, noch nicht einmal von gleicher Wichtigkeit, wie die Theorie vom Standbein und Spielbein glauben machen will. Ohne starke Bewegung tendiert der Wert der Arbeit unter den einengenden Spielbedingungen des Parlaments gegen Null (im Sinne einer gesellschaftsverändernden Perspektive).
Das ist ein Punkt, der in der AL sehr wohl gesehen wird. Der AL-Abgeordnete Köppl stellte während der Koalitionsverhandlungen mit der SPD vor einem Jahr fest, daß die IHK (Industrie- und Handelskammer) und die Alliierten faktisch auf Seiten der SPD am Verhandlungstisch gesessen und immer wieder ihre Stop-Schilder hochgehoben hätten.
Er hätte sich damals gewünscht, daß beispielsweise eine starke Ökologiebewegung für die AL gleichfalls mal ein Stopschild gehoben hätte.
Während dieses Bilanztreffens der AL fiel seitens der AL-Funktionäre der Satz, das Parlament wäre nicht das Zentrum der Macht. Richtig!
Nur ziehen die AL-FunktionärInnen daraus, wie schon gesagt, den erbärmlichen Schluß, eine nicht vorhandene Bewegung zu beschimpfen und nicht etwa die Konsequenz, ihre Arbeit im Parlament einzustellen und daran mitzuarbeiten, daß es wieder eine starke Bewegung gibt. Merkwürdig an einer solchen Position ist auch, warum die AL überhaupt auf eine Koalition eingegangen ist, denn Anfang 1989 war die Situation bewegungsmäßig kaum anders als Anfang 1990. Das legt den Schluß nahe, daß es im Wesentlichen nur noch um das Gewinnen und Sichern von Pöstchen geht. Die ÖkosozialistInnen in der AL waren so ehrlich das zuzugeben. Der vor kurzem aus der AL ausgetretene Klaus Croissant spricht von einer Politik des schieren Machterhalts.
3) "Keiner wird daran gehindert politisch aktiv zu sein, auch wenn die AL im Abgeordnetenhaus und in der Koalition sitzt."
Diese Behauptung, die auf der Veranstaltung als Überlegung von AL-ParlamentarierInnen bezeichnet wurde, steht auf dem selben Niveau wie "Keiner hindert die AL daran zu versuchen, bei den nächsten Wahlen 70% der Stimmen zu erreichen" oder "Keiner wird daran gehindert Lotto zu spielen und eine Million Mark zu gewinnen".
Auf der Veranstaltung wurde exemplarisch deutlich, daß das aber schon die AL-Sympis anders sehen. Selbst ein kritischer Geist in der Runde erwartete von den Abgeordneten, daß sie stellvertretend für die WählerInnen Politik machen. Er selber arbeitet tagsüber und kann sich nicht darum kümmern. Ein Postler, inspiriert vom Sturm auf die Stasi-Zentrale in Ost-Berlin, wollte gar, daß ausgerechnet die AL die Stürmung eines entsprechenden Gebäudes der Alliierten in West-Berlin organisiert. D.h. selbst auf Leute, die der AL nahestehen, hat die Präsenz im Parlament und erst recht in der Regierung eine demobilisierende Wirkung, denn für die Politik sind schließlich die "Experten" zuständig.
Grundsätzlich kann es doch nicht egal sein, ob ein Teil des mehr

oder weniger gesellschaftskritischen Potentials parlamentarischen Illusionen aufsitzt oder nicht. Parlamentarismus bedeutet auch immer Orientierung an der herrschenden Rechtsordnung. Mittlerweile ist es mit der AL so weit, daß sie Initiativen und Aktionen an die herrschende Rechtsordnung, an die Politik des Senats usw. anpassen will. Ein Beispiel dafür ist der Versuch der Umweltsenatorin Schreyer, Gruppen aus der DDR, die sich für den Lieferstop von West-Müll auf die Deponie Vorketzin eingesetzt haben, auszubremsen. Ein anderes Beispiel ist die Räumung von besetzten Häusern. Das AL-Konstrukt von illegalen und legalen Besetzungen suggeriert eine differenzierte Position; praktisch werden aber fast alle Besetzungen - auch nach mehrjährigem Leerstand - als illegal eingestuft. Hier ist die Behauptung der AL-FunktionärInnen, die AL hindere niemand an politischen Aktivitäten usw. augenfälligst falsch; es handelt sich vielmehr um ein bewußtes Zerschlagen einer der AL unliebsamen Politik.
Im AL-Sprachgebrauch heißt es zu Aktionen der nicht genehmen Art: "Nicht alles, was von unten kommt, ist gut!" Was gut und richtig ist, wissen offenbar aber die AL-FunktionärInnen.

DER DISKUSSIONSSTIL
Der Erbärmlichkeit dieser Positionen entsprechen ebenso armselige Umgangsformen. Die Reaktion der Abgeordneten Schraut auf sachlich vorgetragene Kritik stand immer wieder kurz vor dem Punkt, der als Herumbrüllen bezeichnet werden muß. Mehrfach überschritt sie diese Schwelle auch. Mit dem einzigen wirklichen Kritiker auf der Veranstaltung kam sie argumentativ nicht zurecht. Erst nachdem dieser gegangen war, ging's besser: Sie titulierte ihn als "Herrlein" - und errang so einen grandiosen Sieg für die Frauenbewegung.
Ginge es hier nur um die Person Schraut, könnten wir es bei der Empfehlung an die StudentInnen des PI (Psychologisches Institut der FU) bewenden lassen, doch mal ein autonomes Seminar zu starten, Formulierungsvorschlag: "Persönlichkeitsdeformierung im Parlamentarismus am Beispiel der Abgeordneten Schraut. Von der autonomen Sanitäterin zur autoritären Mackerin." Bemerkenswerter ist, daß sie mit ihrem Vorgehen bei ihren KollegInnen aus der AL auf keinerlei Widerspruch stieß. Er gefällt wohl, der neue Diskussionsstil: Anpöbeln statt Argumentieren. Und das bei Leuten, die sich als gereifte PolitikerInnen, die überlegt handeln, präsentieren und sich so vom "autonomen Mob auf der Straße" abheben wollen.

KONSEQUENZEN ?
Die Reaktion, die wir uns auf unser Flugblatt erhoffen, ist nun nicht die, sich lediglich in der ablehnenden Haltung gegenüber der AL bestätigt zu fühlen. Seit Jahren ist bekannt, was von der AL zu halten ist. Konsequenzen, bestimmte Sachen selber zu organisieren, werden daraus aber nicht gezogen.
Wer, bitte schön, macht denn halbwegs regelmäßig beispielsweise was zu Polizei und VS ? Es macht Sinn, diese in Legitimationsschwierigkeiten zu bringen. Insofern ist es ein Schritt (von vielen möglichen Schritten) in die richtige Richtung, Einsicht in VS-Akten zu fordern und dies auch wenigstens teilweise durchzusetzen. Wenn es richtig ist, daß es nun eine Bestimmung gibt, die es Polizei und VS untersagt, umstandslos Material aus Akten auf Dateien zu übertragen, so ist das auch positiv zu bewerten.
Des weiteren sind auch ein paar Anstrengungen zum Problem autonomer Organisierung vonnöten, wenn das autonome Spektrum eine ernstzunehmende Kraft bleiben will. Wir begrüßen es deshalb, daß jetzt Überlegungen dazu in der Organisations- und Perspektivdiskussion in der Interim angestellt werden.

Autonome Opposition

Betr.: Aufgaben von verdeckten Ermittlern

3.2 Übernahme verdeckter Ermittler der Polizei in das LfV

Die Polizeibehörde hatte bereits nach den Studentenunruhen der 60er Jahre unter Anleitung des Polizeipräsidenten Hübner an Konzepten zur Gewaltabschöpfung gearbeitet. So setzte sie u.a. ein sog. Diskussionskommando ein, das auf potentielle Gewalttäter kommunikativ einwirken sollte. Als sich die Protestbewegung ideologisch in großen Teilen verfestigte (K-Gruppen), war diese Arbeit auf den Besuch von Veranstaltungen beschränkt, um dort etwas über die Vorbereitung von Gewalttaten zu erfahren.

Mit der Entstehung und Entwicklung der Hausbesetzerbewegung wuchs der Bedarf an Informationen über geplante Straftaten erneut.
Das Personal der entsprechenden Einsatzgruppe wuchs auf bis zu zehn Beamte an, die nunmehr verstärkt über Erkenntnisse aus der Hausbesetzerszene berichteten. Da die Beamten mittlerweile in die Szene sehr tief eingedrungen waren, mußte auch für ihre Legendierung gesorgt werden. Sie erhielten 1984 eine von der Polizeibehörde abgesetzte Außenstelle, wurden mit Tarnpapieren und konspirativen Wohnungen ausgestattet. Nach dem Niedergang der Hausbesetzerbewegung arbeiteten die verdeckten Ermittler der Polizeibehörde weiter und wählten sich z.T. eigene Schwerpunkte, die sich von ihrer eigentlichen Aufgabe der polizeilichen Gefahrenabwehr bzw. der Aufklärung von Straftaten immer weiter entfernte.
Als der Leiter der Dir VB diese Entwicklung erkannte, war es sein Bestreben, die gewonnene Erkenntnisquelle für die Polizei zwar nicht gänzlich versiegen zu lassen, doch war ihm auch bewußt, daß die Arbeit der verdeckten Ermittler nunmehr vornehmlich nachrichtendienstlichen Bedürfnissen folgte und sich nur noch zu geringen Teilen am polizeilichen Auftrag orientierte.

Allerdings zeigte sich auch, daß seine fachlichen Bedenken, die sich insbesondere auf die nach seiner Auffassung mangelhafte Legendierung der Beamten bezogen, von dem jetzt dafür zuständigen Staatssekretär Müllenbrock nicht geteilt wurden.
Bei den auch mit Herrn Müllenbrock geführten Erörterungen zur Verwendung der Beamten in der Abt. IV waren Fragen zur grundsätzlichen Bedeutung eines neuen nachrichtendienstlichen Mittels ohne Belang.
Herr Müllenbrock ließ keinen Zweifel an seinem Wunsch, daß die verdeckten Ermittler der Polizei von der Abt. IV zu übernehmen seien.

Die anfänglichen gravierenden Bedenken des LfV, die neuen Mitarbeiter geschlossen in einer eigens für sie gebildeten Arbeitsgruppe tätig werden zu lassen, weil darin ein Verstoß gegen alle denkbaren Sicherheitsregeln gesehen wurde, ließ das Amt schließlich fallen.
Das LfV beugte sich hierbei dem Druck der Beamten, die ihre Mitarbeit von der Bedingung des Erhalts des Gruppenzusammenhangs abhängig machten. Vom Prinzip der gegenseitigen Abschottung, dem gerade im operativen Bereich besondere Bedeutung zukommt, ist das Amt, trotz weiter bestehender Bedenken, abgewichen. Ein Vorstoß, diesem Prinzip zu einem späteren Zeitpunkt Geltung zu verschaffen, ist im Amt nicht mehr unternommen worden.

3.3 Aufgaben und Einsatz der neuen Arbeitsgruppe

Neue Arbeitseinheiten werden in der Verwaltung immer nur dann gebildet, wenn sich herausstellt, daß qualitativ und quantitativ die zu bewältigende Arbeit nicht mehr zu leisten ist und sich durch andere geeignete Maßnahmen erkannte Defizite nicht ausgleichen lassen.

Auch das LfV litt seit Jahren unter erheblichen Schwierigkeiten, insbesondere im Beschaffungsbereich. So hatte es Probleme, Zugänge im terroristischen Umfeld und in der militanten politisch motivierten Gewaltszene zu gewinnen. Diese Entwicklung führte schließlich dazu, daß die Polizei, die zur Verhinderung von Gewalttaten dringend auf Vorfeldinformationen aus diesem Bereich angewiesen war,

mit eigenen Mitteln versuchte, dieses Vakuum auszufüllen.

Konzeptionelle Überlegungen, wie durch eine Verlagerung von Arbeitsschwerpunkten oder der Entwicklung neuer Arbeitsmethoden dieser Misere abgeholfen werden kann, sind in der Abt. IV erkennbar nicht angestellt worden.

Es kann mithin auch nicht verwundern, daß der neu eingerichteten Arbeitsgruppe durch das LfV konzeptionelle Vorgaben nicht gemacht wurden. Die Arbeits- und Einsatzkonzeption der übernommenen Beamten blieb unverändert. Sie sollten weiterhin Nachrichten über das terroristische Umfeld und über die politisch motivierte Gewaltszene sammeln, ohne in diese Bereiche aktiv einzudringen.

Folglich suchten die Beamten - wie bisher auch - sog. Szenetreffs auf, um herauszufinden, welche Personen sich dort einfanden, ob es bereits erkannten militanten Linksextremisten gelang, neue Personenzusammenhänge zu bilden und welche Schwerpunkte der Agitation gerade aktuell waren.

Die nachrichtendienstlichen Meldungen der Arbeitsgruppe erbrachten dem LfV eine beachtliche Fülle von Personenerkenntnissen. Anläßlich der Beobachtung von Demonstrationen oder bestimmter Vollversammlungen waren die Beamten in der Lage, oft weit über 50 Personennamen zu nennen und mitzuteilen, wer mit wem Kontakt hielt. Die Auswertung gewann somit einen quantitativen Überblick über die gewaltbereite politisch motivierte Szene in Berlin.

Der zuständige Sachbearbeiter für die "militanten Autonomen" erklärte gegenüber der Projektgruppe, daß nach seiner Einschätzung der Umfang der Meldungen aus diesem Bereich nach Einsetzung der Arbeitsgruppe um bis zu 90 % angestiegen sei. Eine unmittelbare Folge der Tätigkeit der Arbeitsgruppe war nun aber nicht eine Verbesserung der Prognosefähigkeit der Auswertung, sondern deren Arbeitsüberlastung, denn die Fülle der zu verarbeitenden Informationen band Auswertungskapazitäten für verwaltungstechnische Abläufe zuungunsten der Analyse der übermittelten Nachrichten.

Die Sinnhaftigkeit der von der Arbeitsgruppe gelieferten Informationen wurde in der Abt. IV nicht diskutiert. Eine Steuerung dieses Beschaffungsinstruments durch die Auswertung hat nur rudimentär, innerhalb isolierter Einzelaufträge stattgefunden.

Bis zur Gegenwart blieb die Tätigkeit der Arbeitsgruppe auf die Beobachtung des gewaltbereiten linksextremistischen Spektrums beschränkt. Erwägungen eines Einsatzes verdeckt arbeitender Beamter im Bereich Rechtsextremismus wurden - soweit sie überhaupt angestellt wurden - immer mit dem Hinweis verworfen, daß es bislang rechtsextremistische terroristische Aktivitäten in Berlin noch nicht gegeben habe, eine planmäßige Gewaltausübung von Personen dieses Bereichs nicht erkennbar gewesen war und sei und ansonsten genügend gute VM-Zugänge bestünden, die eine angemessene Vorfeldbeobachtung ermöglichten.

3.3.1 Einsatz am 1. Mai 1988

Als es dort in den Abendstunden zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam und der Platz mehrfach polizeilich geräumt wurde, entschlossen sich die Beamten, den Platz zu verlassen und einen telefonischen Bericht abzusetzen. Sie erhielten von ihrem Gruppenleiter den Hinweis, daß eine Meldung vorliege, die über eine geplante Demonstration gegen 22.00 Uhr auf dem Oranienplatz berichtete. Daraufhin begaben sich die Beamten zum angegebenen Ort, doch konnten sie entsprechende Feststellungen nicht machen.

4. Bewertung

4.1 Verwendung eines neuen nachrichtendienstlichen Mittels

Mit der Übernahme verdeckter Ermittler der Polizeibehörde hat die Abt. IV ein neues nachrichtendienstliches Mittel gewonnen. Den Einsatz hauptamtlicher Operativbeamter hatte es in dieser Form im LfV bis dahin noch nicht gegeben.

Erstaunlich ist, daß das Amt mit der Übernahme dieser Beamten nicht einem eigenen Bedürfnis folgte, sondern sich dem Wunsch der Polizeibehörde bzw. der politischen Spitze der Innenverwaltung beugte. Bestehende Bedenken zur mangelnden Legendierung der Beamten und

dem damit verbundenen Risiko einer jederzeitigen Enttarnung, hat das Amt nicht in gebührender Weise vorgetragen.

Ein planvoller und zielgerichteter Arbeitseinsatz der Gruppe hat somit nicht stattgefunden. Die Gruppe sammelte weiterhin eine Vielzahl von Personeneinzelerkenntnissen, die der Abt. IV zwar einen weitgehenden zahlenmäßigen Überblick über das politisch motivierte Gewaltpotential gaben, doch sind diese Erkenntnisse nicht in ein strategisches Handlungskonzept eingearbeitet worden. Die Auswertung beschränkte sich weitgehend auf die Registrierung von Namen. Damit war das Amt - vor allem zu Beginn der Tätigkeit der Gruppe - in der Lage, auf bestimmte Personenzusammenhänge zu schließen und damit wesentliche Beiträge zu einem bundesweiten Programm zur Terrorismusabwehr zu liefern. Allerdings hat sie weitergehende Erkenntnisse aus der bloßen Beobachtung von Personen an bestimmten Trefforten kaum gewonnen. Der Aufgabe, der Gruppe weitergehende Arbeitsaufträge zu geplanten Aktivitäten bestimmter Personengruppen zu erteilen, stellte sich die Auswertung nicht. Insofern erscheinen die Beschaffungsergebnisse der Arbeitsgruppe nicht ausreichend zu sein.

Das neue Instrument ist von der Abt. IV nicht effizient eingesetzt worden, der Mitteleinsatz steht nach Auffassung der Projektgruppe in einem äußerst unausgewogenen Verhältnis zum erzielten Arbeitsergebnis. Dort wo die Arbeitsgruppe Zugänge zu Personengruppen erhielt ("Fall Eule"),geschah dies im Rahmen der Arbeitsvorgaben nicht zielgerichtet. Die Vorgabe bestand darin, am Rande der Szene Informationen zu sammeln. Es muß wohl eher als glücklicher Zufall gewertet werden, daß sich der Kontakt zwischen Orlowsky/Behling und dem eingesetzten Beamten so gestaltete, daß die Arbeitsvorgaben für den verdeckt arbeitenden Beamten und die Kontaktvorstellungen dieser Mitglieder der militanten autonomen Szene übereinstimmten. Im Regelfall wird aber wohl davon auszugehen sein, daß Kontakte zur militanten autonomen Szene nur dann erfolgreich herzustellen sind, wenn verdeckt arbeitende Beamte aktiv mit den Szene-Mitgliedern zusammenarbeiten. Dies widerspricht jedoch dem Arbeitsauftrag und dem Arbeitsverständnis der Arbeitsgruppe. Außerdem würde damit eine Fülle neuer rechtlicher Probleme (z.B. Vorbereitung und Beteiligung von Beamten an Straftaten) aufgeworfen werden.

Bei der gegenwärtigen Entwicklung der militanten autonomen Szene ist zu erwarten, daß sich diese zunehmend abschottet und gleichzeitig von ihrem Umfeld isolieren wird. Dies kann dazu führen, daß sie ihre Aktivitäten auf die Vorbereitung und Durchführung von Straftaten reduziert und der gewaltfreien Vermittlung ihrer Vorstellungen keinen Raum mehr gibt. Sollte diese Einschätzung zutreffen, werden verdeckt arbeitende Beamte kaum noch eine Möglichkeit des Zugangs finden; auf jeden Fall ist ein Einsatz, der ihrer bisherigen Arbeitspraxis und ihrem bisherigen Selbstverständnis entspricht, dann ohne jede Erfolgsaussicht. Hinzu kommt, daß die Aufklärung der sich so präsentierenden militanten autonomen Szene dann in erster Linie Aufgabe der Polizei sein dürfte (Verhinderung und Aufklärung von Straftaten).

Der Fall Eule hat überdies die Frage aufgeworfen, ob es sinnvoll sein kann,bei allen persönlichen Folgen für die betroffenen Beamten und den kostenmäßigen Auswirkungen für das Land Berlin in derartigen Fällen darauf hinzuarbeiten, daß der hauptamtliche operative Mitarbeiter zum Abschluß eines Falles als Zeuge im Strafverfahren zur Verfügung gestellt wird.

Die Beamten der Arbeitsgruppe haben aus dieser Situation ihre eigenen Schlußfolgerungen gezogen. Ein Mitglied der Gruppe erklärte gegenüber der Projektgruppe, daß er überhaupt nicht gewillt sei, näheren Kontakt zu "Szeneangehörigen" zu gewinnen, weil er damit sich und seine Familie gefährden würde.

Daß die Beamten einer permanenten Gefährdung ausgesetzt sind, darf die Abt. IV nicht nur zur Kenntnis nehmen, daraus müssen auch Konsequenzen gezogen werden.

Die Projektgruppe schlägt darüber hinaus vor, die Arbeitsgruppe aufzulösen und die Beamten in Bereichen

einzusetzen, die ihren effizienten Einsatz ermöglichen (Observationsgruppe, Ermittlungsgruppe etc.), da ihre bisherige Tätigkeit nicht die ursprünglichen an ein neues nachrichtendienstliches Mittel zu richtenden Erwartungen erfüllt hat.



AUS DER REPRESSION IN DIE OFFENSIVE

Wir planen am 24.3.eine Demo,gegen die Umstrukturierung am RVK,

gegen die Kriminalisierung der BesetzerInnen der Schwesternwohnheime

gegen Gen-tech.

Auf Pflege Notstand

Wozu diese Demo zu diesem Zeitpunkt?

Die ersten Verurteilungen flattern den Leuten ins Haus,wir wollen dieser Kriminalisierung offensiv begegnen,und nicht erst reagieren,wenn die Prozesse laufen,dann reagieren wir eben nur.Wir brauchen die Öffentlichkeit schon vorher und unsere Medien sind die Strassen.(unter anderen).Wir begreifen diese Demo nicht als Endpunkt einer Entwicklung am RVK,sondern als Auftakt für Widerstand,der langen Atem braucht und auch Leute die sich einklinken(konstruktiv)

Interessierte Gruppen und Einzelpersonen die an den angesprochenen Themen arbeiten können sich mit Redebeiträgen einklinken,bringt viele Transparente mit!

Wir beginnen bei Schering,und informieren über die Profite der Pharma-Industrie im Gesundheitswesen.Außerdem Scherings Engagement im Gen-tech Bereich und irgendwo müssen wir halt anfangen, da schien uns Schering geeignet! Dann,an der Schaltzentrale der SPD erinnern wir an die Koalitionsvereinbarungen von SPD/AL im Bereich Gesundheitspolitik und RVK,die mal wieder nicht eingehalten wurden(wenn du die liest,denkst du,du bist im Paradies).

Weiter gehts zum Haupteingang des RVK Amrumerstr.,wir hoffen auf einen Redebeitrag vom Personal.

Das Personal im RVK hat mit 94% für Dienst nach Vorschrift gestimmt,das ist im Krankenhausbereich organisierte Arbeitsverweigerung,die sich auf die aufgezwungene Nebentätigkeiten wie z.B. Verwaltungsaufgaben bezieht,Dienst nach Vorschrift gefährdet keine Patienten,im Gegenteil,es kommt ihnen zugute.Um dies zu verhindern machen Uni-und Krankenhausleitung erste schwammige Zugeständnisse.Beharren jedoch weiterhin auf ihre "Einsparungspläne",um den Widerstand abermals zu isolieren,zu spalten oder zynisch zu Ignorieren(Riedmüller-Seel:die Situation im Pflegebereich ist auf die Grippewelle zurückzuführen).

Kontakt:

Info--Cafe Vamos täglich von 16.00-18.00 Uhr -Freitags nur für Frauen Marchstr.

Stadtteilladen RAT&TAT,Liebenwalderstr.16 Tel.4551010-täglich 14.00-18.00 Uhr

Info-Cafe Brümmerstr.52 täglich 21.00 Uhr

Vollversammlung do.22.3.90 Ort steht noch nicht fest

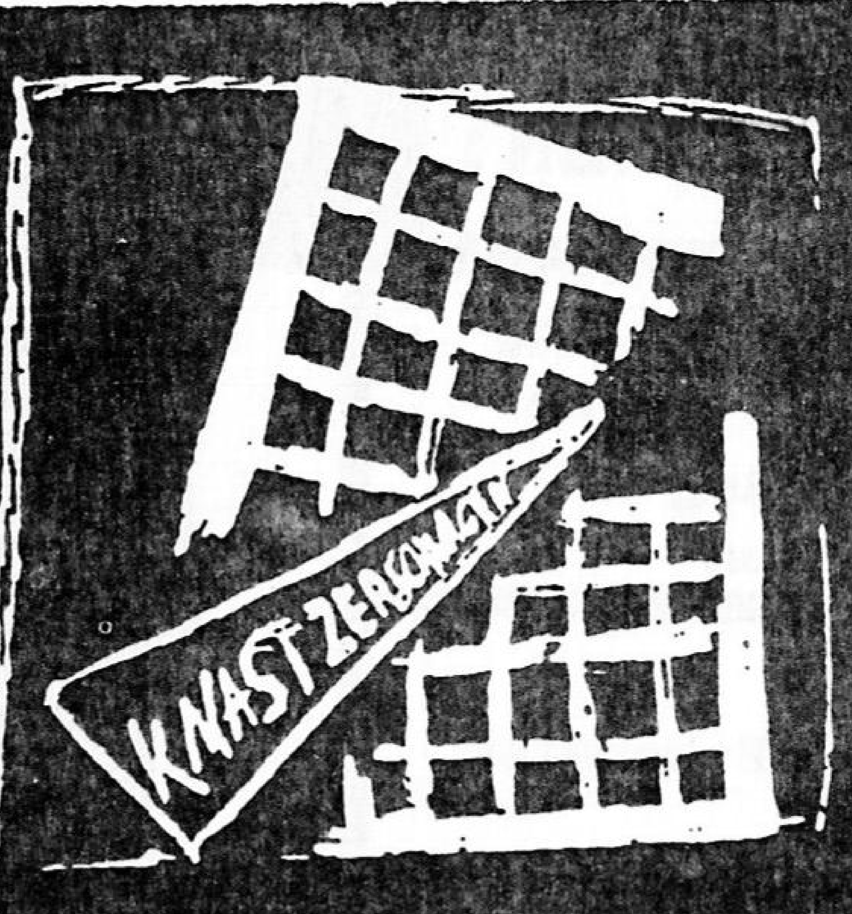
AG-RVK

Die Demo wird bisher unterstützt von

Häuser&MieterInnenkampfplenum
Anti-Repressionsgruppe Sylterstr.
Wilde Wutz
Autonome Antifa Wedding
Stadtteilladen RAT&TAT

STOPT Gen-tech überall auch in der DDR

Freiheit für Ingrid Strobl



VIER UNTERSUCHUNGSGEFANGENE IN DER JVA MOABIT SEIT 26.2. IM HUNGERSTREIK!

Seit dem 26.2. sind vier Untersuchungsgefangene (ausländische und deutsche) in der JVA Moabit im Hungerstreik.

VIER UNTERSUCHUNGSGEFANGENE IN DER JVA MOABIT SEIT 26.2. IM HUNGERSTREIK!

Untersuchungshaft ist die Zeit vor der"rechtskräftigen Verurteilung", die Zeit,in der einE BeschuldigtEr eigentlich noch als unschuldig zu gelten hat,aber trotzdem noch härteren Haftbedingungen ausgesetzt ist als im"Normalvollzug".
Sinn und Zweck der U-Haft ist,den oder die BeschuldigtEn zu zwingen, sich selber schuldig zu bekennen.Es gilt,seine oder ihre Identität zu brechen,um ihn oder sie zur Kooperation oder zur Aussage zu zwingen. Das geschieht durch vielfältige und subtile Methoden,die praktisch alle darauf hinauslaufen,den Gefangenen oder die Gefangene in einem Zustand permanenter Unsicherheit zu halten.U-Haft bedeutet in der Regel Einzelzelle,23 Stunden Einschluß,restriktive Postkontrolle und Überwachung der seltenen Besuche durch einen Schließer.Ständig kann die Tür aufgehen und der oder die Gefangene zum Verhör geholt werden.Ständig kann ein unabsehbarer Terror durch die UntresuchungsbeamtInnen beginnen.
Für ausländische Gefangene verschärft sich das Alles nochmal dadurch, daß sie keine Gespräche in ihrer Muttersprache führen dürfen,ihnen also die einzige Kommunikationsmöglichkeit genommen wird.Da passiert es nicht selten,daß sich einE ausländischEr GefangenEr und sein oder ihr Besuch anschweigen müssen.
Die Hauptforderung der hungerstreikenden Gefangenen ist die Abschaffung der Isolationshaft.Darüberhinaus fordern sie vor Allem die Verbesserung der Haftbedingungen für ausländische Gefangene und die Anerkennung einer Gefangenenvertretung,wie sie auch in anderen Knästen üblich ist.
Dieser Hungerstreik gegen die U-Haftbedingungen ist keine Einzelaktion, sondern Teil im Kampf gegen den Versuch des Staates,die Identität der Gefangenen durch Isolation zu zerstören.

AM 13. HABEN SICH 2 WEITERE GEFANGENE DEM STREIK ANGESCHLOSSEN!

AUS DER HUNGERSTREIKERKLÄRUNG:

"Lange genug sind wir vom Knastregime verarscht worden,unsere Forderungen sind legitim,in anderen Knästen gibt es keine solch extremen Bedingungen wie sie in Moabit herrschen-wir wollen endlich wie Menschen behandelt werden und die Mauern des Schweigens und der Unterdrückung zerschlagen.

SOLIDARISIERT EUCH MIT DEN FORDERUNGEN DER HUNGERSTREIKENDEN GEFANGENEN;FORDERT DIE ANERKENNUNG DER INSASSENVERTRETUNG-DIESES MAL MÜSSEN SIE UNS ERNST NEHMEN,WIR GEBEN NICHT AUF!!!SOLIDARITÄT AUCH MIT ALLEN IN DEN KNÄSTEN KÄMPFENDEN GEFANGENEN!!!"



FORDERUNGEN DER HUNGERSTREIKENDEN GEFANGENEN:

1)Aufhebung des 23Std Einschlusses/verbesserte Freistundenregelung
-täglicher Aufschluß der Hafträume bei geschlossenen Abteilungen
-täglich von 8°°-11°°und von 13°°-15°°Freistunde bzw Hofgang
-von 18°°-22°°offene Hafträume in geschlossenen Abteilungen

2)Besuchs-und Telefonregelung für U-Gefangene
-Einführung eines wöchentlichen Besuchstages der Angehörigen/Bekannten
-statt der derzeitigen halben Std Verlängerung auf eine Std.
-für Gefangene,die Familie haben,großzügige Gewährung von Telefongesprächen(min 2 telefongespräche/Woche,auch zum Wochenende)
-Besuchszeiten auch am Wochenende
3)Gemeinschaftsräume
-für die jeweiligen Flügel ein Freizeit-und Fernsehraum
4)sportliche Betätigung
-Tischtennisplatten in allen Höfen
-Schaffung von Sportplätzen für Ballspiele uä.
-mehr Fitnessräume
-Zulassung von Sportveranstaltungen mit anderen Sportgruppen der berliner JVA's oder Sportgruppen von draußen
5)Möglichkeiten für kulturelle Aktivitäten
-Konzertveranstaltungen/Theateraufführungen
-Ausstellungen in Zusammenarbeit mit Kunstgruppen und Ausstellungsveranstaltern
6)für Drogenabhängige und HIV-Infizierte
-keinen "kalten Entzug"
-besondere medizinische/psychologische Beteuung dieser Gruppe
-Schaffung eines Therapiezentrums mit fachkompetenten Betreuern
7)Schaffung eines Sozialhilfefonds oder Sozialamtes
-Taschengeld für mittellose U-und Strafgefangehe(min 100DM/Mon)
-Taschengeld für ausländische Gefangene,die wegen ungenügender deutscher Sprachkenntnisse keine Arbeit in der JVA aufnehmen können
-eine Härtefallregelung einführen
8)für arbeitende Gefangene
-Kranken-und Rentenversicherung
-leistungsgerechte Entlohnung
-Schaffung von Arbeitsbereichen für ausländische Gefangene mit schlechten deutschen Sprachkenntnissen

9)bessere Betreuung von ausländischen Gefangenen
-Gewährung von eigenkulturellen Aktivitäten
-bessere Kommunikationsmöglichkeiten für ausländische Gefangene
-unabhängige und frei wählbare Dolmetscher
-Bildung einer ausländischen Sozialvertretung,die ausländische Gefangene betreut und sie mit ihren Rechten vertraut macht
-Abschaffung des Zwangs,bei Besuchsgesprächen deutsch zu sprechen, daß sie sich in ihrer Muttersprache unterhalten dürfen

10)Schaffung von Arbeitbedingungen der Insassenvertretung
-Kommunikationsmöglichkeit mit Insassenvertretungen der anderen JVA's
-Tolerierung von Treffen der Insassenvertreter der berliner JVA's
-ein wöchentliches,von Gefangenen zusammengestelltes,einstündiges Gefangenenrundfunkprogramm
11)verbesserte Gefangenenkost nach ernährungsphysiologischen Erkenntnissen
12)Entfernung der sogenannten Fliegengitter und der dreiteiligen Fenstervergitterung-ein Gitter reicht aus
13)Steckdosen,Lichtschalter und Warmwasser in allen Hafträumen
14)wöchentlicher Einkauf für Strafgefangene,keine Einkaufsgrenze,Aufbau eines"Supermarktes",in dem jeder Gefangene frei einkaufen kann-kein verwalteter Einkauf,der das Konsumverhalten des Einzelnen bespitzelt,keine Ausbeutung durch überteuerte und minderwertige Waren
15)veränderte Packetregelung,pro Monat ein Packet à 10kg
16)keinerlei Repressalien gegenüber Gefangenen,die die Arbeit der Insassenvertretung unterstützen oder Aktionen,zB Streiks,teilnehmen
-Abschaffung der Arrestzellen.

NEIN zum Ausländergesetz!

Das neue "Ausländergesetz", von Innenminister Schäuble entworfen und von allen regierenden Koalitionsparteien (CDU/CSU/FDP) angenommen, wird z.Zt. im Bundestag zur Abstimmung vorgetragen, um es noch in diesem Sommer einzusetzen. Die Machthaber diskutieren wieder einmal über uns und wollen in unserem Namen neue Regelungen treffen. Daß dies ohne uns, ohne die Berücksichtigung unserer Forderungen und ohne unsere Zustimmung geschehen wird ist klar.
Diejenigen, die da oben sitzen, reden auch nach dem Zerfall der Mauer von Menschenrechten, Demokratie und Freiheit, aber auf der anderen Seite bauen sie hier zwischen Menschen verschiedener Nationalitäten und Deutschen dickere und höhere Mauern.
Die Politiker schreien für die Öffnung der Grenzen zwischen Ost und West damit die Menschen frei reisen können, aber mit den immer weiter verschärften "Ausländergesetzen" und der Einführung der Visumspflicht verhindern sie die Einreise von Menschen aus anderen Ländern.
Sie reden ganz frech von Demokratie, aber mit den "Ausländergesetzen", die uns verbieten politisch aktiv zu werden, die uns verbieten unsere eigenen politischen Organisationen zu gründen, die uns verbieten mit den gleichen Rechten wie die Einheimischen hier zu leben und uns an der politischen Gestaltung dieser Gesellschaft zu beteiligen, zeigen sie ganz offen ihr antidemokratisches Gesicht.
Sie rufen auf, gegen die Menschenrechtsverletzungen in der DDR und anderen Ostblockstaaten zu kämpfen, dabei treten sie unsere elementarsten Rechte mit Füßen z.B. unsere allgemeinen Wahl- und Kandidaturrechte, die doppelte Staatsbürgerschaft, Familienzusammenführung usw.

Freunde!
1955 wurde das "Ausländergesetz" eingeführt, dessen Ursprung auf den für "Ausländer" entworfenen polizeilichen Bestimmungen der Nazizeit beruht. Mit diesen rassistischen Gesetzen wollen die herrschenden Ausbeuter die "ausländischen" Arbeitskräfte unter Kontrolle halten und die Gesellschaft in "Ausländer" und "Deutsche" spalten. Damit versuchen sie zu verhindern, daß wir uns wirklich integrieren (nicht assimilieren) und daß wir von der ganzen Gesellschaft ausgegrenzt und an den Rand gedrängt werden.
Uns sieht man immer noch als "Ausländer" oder "Gastarbeiter". Obwohl wir seit 'zig Jahren hier leben, genauso wie die Deutschen Steuern zahlen, hier konsumieren, hier für die deutsche Wirtschaft und Industrie (!) produzieren, allen uns vorgeschriebenen Verpflichtungen nachkommen, nachkommen müssen, werden wir nicht als ein wichtiger Teil dieser Gesellschaft akzeptiert, sondern im Gegenteil ausgestoßen.
Sie versuchen uns zu assimilieren, indem wir uns nicht mehr trauen sollen uns mit unserer Herkunft zu identifizieren, unsere Kultur und Traditionen aufgeben usw. Wer sich damit nicht zufrieden gibt, vor allem gilt dies für die erste Generation, die für die Ausbeuter nicht mehr so profitabel produzieren kann, weil sie sich hier kaputt gearbeitet hat, soll dahin gehen, woher er/sie gekommen ist.
Wir sind gegen die alten und gegen die neuen "Ausländergesetze", denn wir brauchen keine "Ausländergesetze". Diese rassistischen Gesetze, die für Menschen gemacht wurden, weil sie eine andere Herkunft und eine andere Hautfarbe haben, müssen bekämpft und abgeschafft werden.
Wir finden auch die SPD/AL-Vorschläge zur Verbesserung des "Ausländergesetzes" falsch, weil dies genauso Spaltung und Rassismus heißt und für uns Demütigung bedeutet, auch wenn das Gesetz ein bißchen "menschlicher" rassistisch liberalsiert wird. Jedenfalls ist es der Versuch die ganze Scheiße zu verdecken, damit sie nicht offen gesehen und erkannt wird.

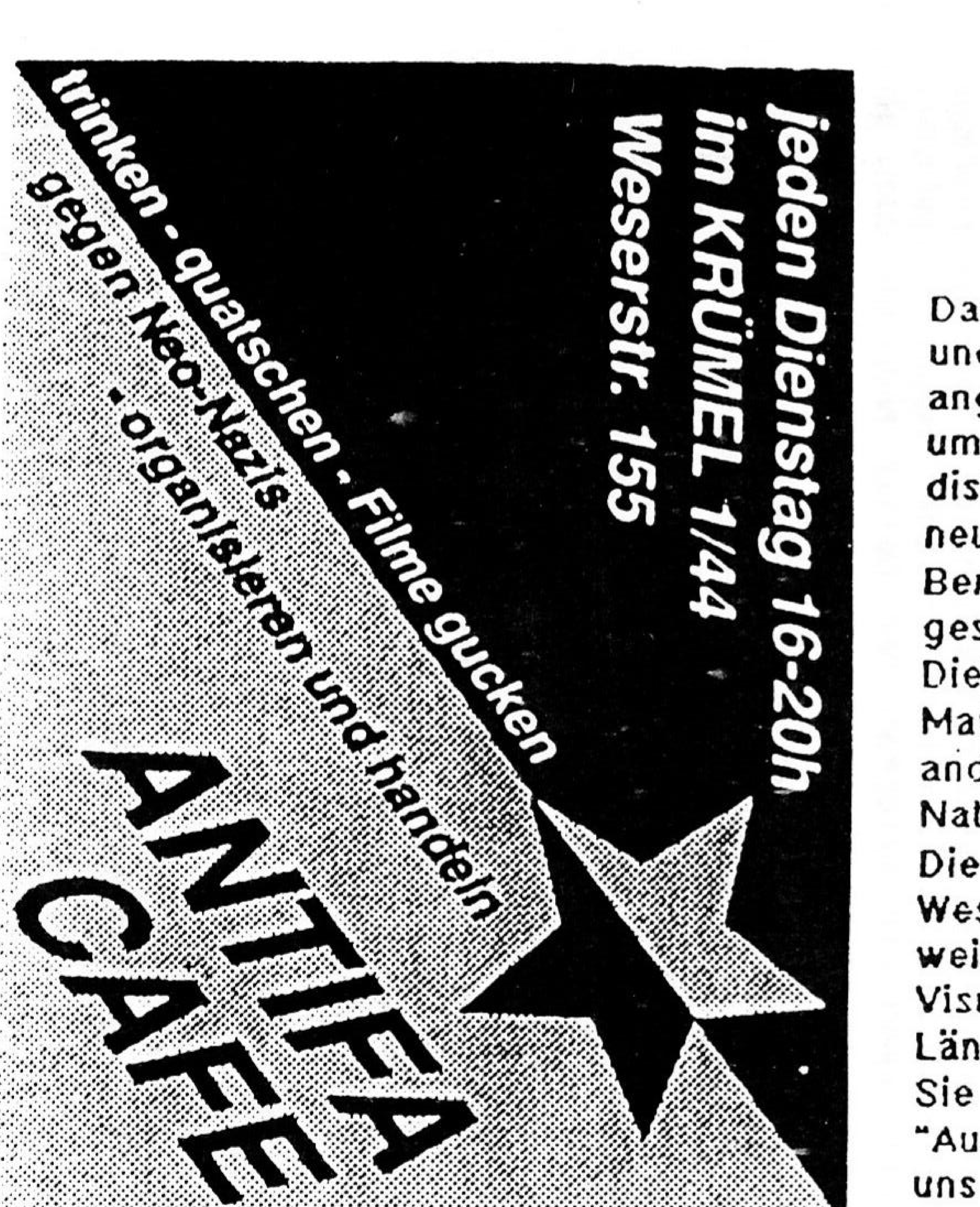
Freunde!
Rassismus und Spaltung ist hier schon lange zur Staatspolitik geworden. "Ausländergesetze" und -Erlasse sind wichtige Teile dieser rassistischen Politik. Gegen Ungerechtigkeiten und Rassismus Widerstand zu leisten heißt auch gegen die "Ausländergesetze" und für deren Abschaffung zu kämpfen und die Gleichberechtigung zu erkämpfen. Deshalb müssen alle "Nicht-Deutschen" und "Deutschen", alle demokratischen Personen, Gruppen, alle Klassengeschwister gemeinsam kämpfen um die Mauern, die man versucht zwischen uns zu bauen und zu erhalten, zu zerbrechen. Für die Erkämpfung der Gleichberechtigung und für mehr Rechte müssen wir zusammen für gemeinsame Interessen gegen den Feind, der uns alle ausbeutet, kämpfen.

Weg mit den alten und neuen "Ausländergesetzen"!

Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten!

ANTİ-FAŞİST GENÇLİK





Resümee über die bisherige Diskussion zur Auseinandersetzung um die Zeitschrift Knpiselkrant.

Vorbemerkung:
Für abgeschlossen halten wir die ganze Diskussion sowieso nicht; sie wird aber nicht in dieser Form weiter laufen und aus Platzgründen auch nicht in der Interim.

Wir stehen mit GenossInnen im In- und Ausland in Kontakt und sind dabei neue Infos zu sammeln um damit unter anderem die Diskussion um die Knipsel fortzusetzen. Diese Auseinandersetzung wird zeigen, ob Interesse an einem Wieder-/Neuerscheinen der Knipsel oder einer ähnlichen Zeitung besteht. Es geht uns und den GenossInnen, die uns unterstützen, nicht darum, die Knipsel der Knipsel wegen wieder erscheinen zu lassen um/oder den Boykott der Infoläden zu durchbrechen (es ist richtig, es gibt Kritik an bestimmte Verhaltensweisen, die Fronten verlaufen jedoch woanders). Primär geht es um eine inhaltliche Diskussion zur Neubestimmung der revolutionären Bewegung in Westeuropa, die Vorgänge um die Knipsel sind jedoch ein Teil dieser Diskussion. Wir sind deshalb am Überlegen Medien aufzubauen, in denen unter anderem diese Diskussion stattfinden kann und als Plattform dafür dienen. Und es ist ganz einfach so, daß diese Diskussion nicht laufen kann, wenn auf Kritik immer nur - wie gehabt - beleidigt und mit Ausgrenzung reagiert wird; natürlich geht es auch und vor allem um eine revolutionäre Kritik der (vor allem) autonomen Szene (aber auch der Traditions-antiimps). Für diejenigen, die unbedingt eine Schublade brauchen, sie angemerkt, daß wir inhaltlich den Hamburger GenossInnen nahestehen, die das Papier "ich sag, wie's ist!" verfaßt haben das aber nur am Rande, da wir nicht in diesem Maßstäben denken (vgl. Punkt4).

Vielmehr können wir dazu jetzt noch nicht sagen. Die Knipselkrant-Affäre ist für uns ein Kristallisationspunkt, an dem sich Kritik gut veranschaulichen läßt, ein Punkt an dem wir angefangen haben länger angestaute Kritik zu verbalisieren. Aber eben nur ein Punkt - und wir wollen Kritiken nicht auf einzelne Worte wie Strukturen, Hobbelpolitik beschränken, d.h. ganz einfach, daß wir im Augenblick daran arbeiten und demnächst mehr dazu veröffentlichen. Wieder mal der x-te Versuch werden einige sagen, das ist uns bewußt, aber diesen Auseinandersetzung ist notwendiger denn je, und daß dies zunehmend begriffen wird, zeigen in vielen Texte bspw. in der Interim, die immerwiederauftauchenden Worte (Kritik an Strukturen...), die ja auch nur als Synonyme für komplexere Schwachstellen stehen. Dies wollen wir angehen. Ansonsten denken und handeln wir nach dem Motto, daß Theorie und Praxis sich wechselseitig bedingen. (Nein wir sind keine sektiererische K-Gruppe, sondern begreifen uns als Teil der revolutionären Bewegung.)

Nun aber zur Knipselkrant-Diskussion konkret:

1) am eigentlichen Inhalt unseres Papiers geht die Antwort der BielefelderInnen vorbei: Neubestimmung der revolutionären Bewegung in Westeuropa; daß das zur Zeit nicht läuft, obwohl es laufen müßte, ist natürlich nicht vor allem Schuld der Infoläden, sondern spiegelt den desolaten Zustand der Szene wieder, die Infos nicht verbreitet und nicht diskutiert; trotzdem kommt den Läden da eine besondere Verantwortung zu, und ein Zufall ist es ja sicher auch nicht, daß alle sich auf die frontline Infos stürtzen (z.B. abgedruckte Auszügen in x Flugis und Zeitungen), aber niemand auf das CCC-Paper; auch vom Interimredakteur hieß es ja "hätten wir nicht abgedruckt" - und sie haben's ja auch nicht! Das ist das Problem, darum geht's, daß es auch für die "revolutionäre Bewegung" hier bequemer ist, sich auf alten Lorbeeren auszuruhen und bequem zu stagnieren anstatt schwierige aber notwendige Diskussionen endlich aufzugreifen; auch das Kämpfende Kollektiv für den Kommunismus will, daß diese Diskussionen endlich konsequent geführt werden, wie Ihrem Papier zu entnehmen ist. (Interim Nr.86) In diesem Zusammenhang ist es ein totaler Hammer von der Interim, daß das Papier des Kämpf.Koll.f.d.Komm. zuerst im Ordner gelandet ist und erst nachdem die BielefelderInnen vom Infoladen Anschlag eine Stellungnahme abgegeben haben, es doch noch veröffentlicht wurde. Wenn die Interim die Diskussion nicht will, dann soll sie das so auch offen sagen (vgl. auch Vorwort Nr.86 Interim).

2) Überhaupt hat das kämpf.koll.f.d.komm bisher offenbar als einzige Gruppe verstanden, worum es geht, nämlich um die inhaltliche Diskussion der Frage der Neubestimmung der revolutionären Bewegung in Westeuropa - und in diesem Zusammenhang auch um die Rekonsolidierung der Knipsel als wichtiger Info-/Zeitungsstruktur in diesem Prozeß.
Kommentar der Interim zu dem Text des kämpf.koll.f.d.komm: "2 weitere wütende Papiere setzen die Schlammschlacht fort." (Interim Nr.86). Bleibt nur noch zu fragen, wer das "inhaltsschwere" Anti-Molotow-Witzchen, denn nun veröffentlich hat (von wegen Schlammschlacht).

3) Eine Kritik an "Radikal brechen" sollte sich endlich mal inhaltlich abspielen, auch die BielefelderInnen machen wieder ausschließlich einen auf platte Polemik und weisen hin auf das Papier "ob ihr hirn habt oder nicht...", das von Leuten stammt, denen die Frage woher eine Zeitung kommt wichtiger ist als die Fragen, was in ihr an Inhalten geäußert wird. Nur diese Frage aber: was ist falsch (richtig) an der dargelegten Linie - bspw. der RB - kann die revolutionäre Bewegung weiterbringen, alles andere ist zwar einfacher und bequemer, zeugt aber nur davon, daß sich ein Großteil der Szene zu schade dafür ist, die eigenen Hirnzellen anzustrengen zur Beurteilung eines anderen politischen Standpunkts - das wird lieber dem "Metzger" überlassen. So wird die revolutionäre Bewegung nie eine/n einheitlichen, revolutionären Standpunkt/Politik entwickeln können, so bleibt sie dazu verdammt, ewig auf den autonomen "Freiraum"-Spielplätzen des Kapitalismus herumzutollen. Aber heutzutage ist jede Gruppe, die eine solche Kritik äußert ja bereits in Gefahr, als unsolidarisch oder sogar "objektivbullenarbeit-übernehmend" ausgegrenzt zu werden (diesen Vorwurf lesen wir zwischen den Zeilen nämlich auch an die Gruppe Molotow heraus in der Erklärung der BielefelderInnen.

4) Der Vorwurf, wir hätten "Infoladenstrukturen offengelgt" und durch die Veröffentlichung eines "internen" Schreibens die Leute vom Anschlag gefährdet soll woll transportieren: wir machen "Bullenarbeit" (ein beliebter Vorwurf, siehe Radikal brechen Kritik), denunziert konspirative/interne Zusammenhänge, damit sollen wir offensichtlich aus der revolutionären Bewegung ausgegrenzt werden (wie gehabt, aber dieser Vorwurf ist nur hohl, denn was wird eigentlich offengelegt, außer der Tatsache, daß die BielefelderInnen sich berufen fühlen, anderen Infoläden nahezulegen, was sie auszulegen haben und was nicht, gefährdet wird durch die Dokumentation solcher Papiere nichts, und interne Strukturen augedeckt auch nicht. Außerdem hätten die BielefelderInnen doch ihre "Warnung" nur mit "nicht zur Veröffentlichung bestimmt" kennzeichnen brauchen, dann wären zumindest nicht gewisse Infoläden auf die Idee gekommen, ihre "Warnung" offen auszulegen bzw. anstatt der RB's auszulegen (so kamen schließlich die westdeutschen GenossInnen an das Papier, das sie dann uns überließen), die "gewissen Läden", könnten nun auch benannt werden, das wäre dann aber wirklich eine Offenlegung interner Strukturen, das würde tatsächlich die Zusammenhänge konspirativ arbeitender Gruppen aufdecken!

5) Die BielefelderInnen glauben uns auffordern zu müssen noch mal GRÜNDLICH den Punkt zur "Nichtveröffentlichungpolitik der Knipsel im CCC-Papier zu lesen - hätten sie selbst getan, wozu sie uns auffordern, wäre Ihnen vielleicht sogar noch aufgefallen, worum es in diesem Zusammenhang geht: um die politische Diskussion darüber, was veröffentlicht wird und was nicht und vor allem welche politischen Konzeption dahintersteckt, z.B. konkret, warum das CCC-Papier nicht veröffentlicht wird in den Medien des Widerstandes! Diese Antwort bleiben die BielefelderInnen schuldig.

6.) Als Resümee ist festzustellen, daß sowohl die Interim als auch die BielefelderInnen die prinzipielle Richtigkeit unserer Kritik anerkennen, was die interne Infoladen-Diskussion und die fehlende Verbreitung und Veröffentlichung der Diskussionen darum betrifft. Bleibt nur die Frage: Was ist die Konsequenz aus dieser späten Einsicht? Eine gemeinsame Stellungnahme der Info-Läden soll laut Aussage der BielefelderInnen veröffentlicht werden. Wir warten gespannt.

Jüngstes Boykottbeispiel ist wie gesagt die "Radikal brechen". Auch hier wird boykottiert und dann bleibt die öffentliche politische Begründung der Infoläden aus und damit auch eine breite Diskussion (vgl. Punkt 3) (daß eine Sprachanalyse ergeben hat, daß das Teil von den Bullen kommt ist ja wohl ein schlechter Witz, und die anderen Begründungen geben auch nicht mehr ab). Daraus wird auch ersichtlich, daß ein großes Stück weit Diskussionen dadurch blockiert werden, daß erst zensiert und dann irgendwann vielleicht eine Stellungnahme erfolgt. Den ewigen BesserwisserInnen sei gleich gesagt, es geht uns nicht darum daß offensichtliche Schweineteile verbreitet werden, aber wir lehnen Zensurmaßnahmen wie z.B. bei der RB ab und wollen stattdessen die offensive politische Diskussion um derartige Zeitungen.

Wir werden demnächst in der Interim eine Kontaktadresse veröffentlichen unter der ihr uns erreichen könnt.

Seit dem 30.11. sind die politischen Gefangenen aus der PCEr und der GRAPO im Hungerstreik. 11 GenossInnen der RAF haben sich diesem Hungerstreik angeschlossen. Schafft Öffentlichkeit, unterstützt den HS der GenossInnen! Schluß mit der Isohaft - Zusammenlegung jetzt! Liebe und Kraft unseren kämpfenden GenossInnen aus GRAPO/PCEr und RAF.

KOLLEKTIV MOLOTOW
31.1.1990

Eine polemische Erwiderung zum Artikel eines sogenannten Spaßbeschaffungsausschuß, die Probleme der SFE betreffend

Wenn es in dieser wichtigen Zeit, in der so viele Menschen die tollkühnsten und -dreistesten Kapriolen schlagen, Prioritäten gibt, so sind es wohl die eigenen kleinen Wehwehchen! Nichts ist größerer Ausdruck von Dummheit und Ignoranz, geboren aus Neid, Unfähigkeit zu Handeln oder es bleiben zu lassen - sprich: Entscheidungen treffen aus der Lage, in der man sich befindet, in Ermangelung von Kenntnis über den - nennen wir IHN hier der Einfachheit halber -: Feind, den grade eben erreichbaren Mitmenschen ordentlich ans Bein zu pissen. Die Lektion DDR ward schnell und gründlich gelernt! Das Wichtigste ist: Die Schuldfrage stellen und gleich selber beantworten. Kenntnis der Dinge und Kennen der Menschen, um die es geht, ist nicht erforderlich. Die Sprache des kleinbürgerlichen Pöbels, der sich SPAß BESCHAFFEN muß, da er keinen wirklichen erlebt. Es darf da schon auch mal ein kleiner Rufmord sein. ---
Die Öffentlichkeit, um die es nun gehen soll, kann logischerweise nur aus ghettoisierten (Klein-)Geistern bestehen, vernunftbegabte Wesen, und nur mit solchen wünsche ich zu tun zu haben (und bin mir der riesigen Dimension dieses Wunsches sehr bewußt), werden sich schwerlich in interne Probleme einer/s gesellschaftlichen Gruppe/Projekts einmischen, es sei denn, diese/s berührt ihre eigenen elementaren Interessen. So erübrigt sich glücklicherweise noch näher auf einzelne Punkte des hier zu behandeln gewesenen Pamphlets einzugehen.

Mit den besten Wünschen -
für eine baldige Genesung!

Mike Hartwig
SFE-Schüler T3b
GEBAS-Mitarbeiter

SCHWARZBILD

Videoverleih - Archiv - Produktion

Waldemarstr. 29, 1/36 (demnächst Telefon)

Verleihbedingungen:25.-DM pro Video und Woche(für Mitgl.20.-)
Der Mitgliedsbeitrag beträgt 5.-DM pro Person im Monat,
für Projekte 20.-DM.



Wir begannen vor ungefähr einem Jahr mit dem Aufbau eines Videoverleihs im Papiertiger. Mit Netzwerkknete konnten wir eine Schnittanlage finanzieren. Diese war bisher nur eingeschränkt nutzbar, da sie in Privaträumen stand. Endlich haben wir einen eigenen Laden für Archiv, Verleih und Produktion, so daß die Schnittanlage jetzt breiter genutzt werden kann. Das Projekt soll finanziell getragen werden durch Einnahmen aus dem Verleih, Mitgliedsbeiträgen und Nutzungsgebühren für die Schnittanlage.

Verleih: Der Schwerpunkt des Verleihs liegt auf unabhängig produzierten politischen Videos, damit mensch auch in Berlin schnell und unkompliziert an Videos herankommen kann, die bisher bei westdeutschen Medienwerkstätten bestellt werden mußten. Wir verleihen Vilme zu den Themen:

Wohnen/Sanierung/Häuserkampf
Repression/Knast/Justiz
Frauen- Sexismus/Widerstand
Faschismus/Widerstand
Internationalismus
Wirtschaft/Ausbeutung
Berlin spezifisch

Wir beschränken den Verleih auf Berlin, da wir mit unseren niedrigen Verleihpreisen keine Konkurenz zu westdeutschen Medienwerkstätten sein wollen(außerdem ist es uns zuviel Arbeit). Eigene Videos tauschen und verkaufen wir auch außerhalb Berlins.

Archiv: Daneben besteht für Vereinsmitglieder ein Archiv. Durch die kontinuierliche Aufzeichnung von TV-Material und durch Aufnahmen von uns und anderen unabhängigen FilmerInnen wird es ständig erweitert und aktualisiert.

Produktion: Eine semiprofessionelle Schnittanlage(VHS/S-VHS auf S-VHS) ermöglicht eigene Produktionen, Untertitelung und "Synchronisierung" ausländischer Vilme. Die Anlage kann für eine Abnutzungs- und Instandhaltungsgebühr von 20,-DM pro Schicht von MitarbeiterInnen des Projekts und Vereinsmitgliedern genutzt werden. Außerdem können Vereinsmitglieder eine tragbare VHS-Aufnahmeeinheit ausleihen.

Unsere Öffnungszeiten: Mo,Di,Do,Fr: 16.00-19.00 Mi: 17.00-20.00

TERMINE TERMINE

jeden Tag

info-Tel. 04221/74945 oder schriftlich: Infotelefon c/o ALBUM, Oldenburgerstr. 13, 2870 Delmenhorst

Lesbisch-feministisches Infozentrum & Treffpunkt Kohlfurther Str. 40. Tel.: 614 94 98

13.00 - 20.00 Besetztes Infocafe in der Lübbenerstr. 29

14.00 - 18.00 Stadtteilladen Rat und Tat, Liebenwalderstr.16

14.00 - 20.00 Infocafe in der Nostizstr. 49

15.00 - 24.00 Café der 19.000 Wohnungslosen in Remise Danckelmannstr. 54a

16.00 - 18.00 Infocafé Vamos, freitags nur für Frauen. In der Marchstr.

?? - ??Infocafe Brümerstr. 52

Mo.- Sa. 15.00 - 19.30, So 11.00 - 11.30
"Nichts wie weg" Eine etwas andere Austellung zum Thema Tourismus. Alljährlich, wenn die Internationale Tourismusbörse ihre Tore öffnet, schlägt das Herz eines manchen "alternativen" höher. Die Welt liegt uns zu Füßen - wo geht es dieses Jahr hin? Und zum Glück reisen wir nicht in den Massen, sind wir keine Neckermänner/frauen, zerstören nichts. Was alles zerstört wird und wie wir daran beteiligt sind, das wollen wir mit der Ausstellung und dem Abendprogramm aufzeigen. bis zum 17.3. im Ökodorf, Kurfürstenstr. 14

Mo. - Fr. 10.00 -18.00 Cafe Geschwulst im Keller des OSIs in der Ihnenstr. 22.

Donnerstag 8. 3.

INTERATIONALER FRAUENKAMPFTAG:

17.00 Demo Treffpunkt: Kleistpark, Abschlußkundgebung: Breitscheidplatz

17.00 "Euskadi - Martxa eta Borraka" Kämpfen und Leben - Der Widerstand in Euskadi ist Alltag. Seinen Ausdruck findet er in der Öffentlichkeit der Demonstrationen, in militanten Aktionen, in der Solidarität mit den Opfern der Repression, aber auch in dem offensiven Leben der eigenen Kultur, in Festen, Musik, Graffitis. Im El Locco.

19.00 "Wem die Stunde schlägt" 16 mm Film nach dem Roman von Hemingway. Im El Locco

20.00 Nach der Internationalistischen Frauendemo, eine Möglichkeit unter Frauen zu hocken, zum Diskutieren und Entspannen im Syndikat, Weisestr. 56

20.00 "Skizirkus in den Alpen" Umweltschäden des Massentourismus am Beispiel Allgäu. Diavortrag von E. Lutz, Aktion Solidarische Welt. Siehe auch "jeden Tag". Im Ökodorf.

21.00 "Ediths Tagebuch" Edith wünscht sich eine bessere Welt, so wie sie sie in ihrem Tagebuch beschreibt. aber ihre Realität sieht ganz anders aus. 16 mm Film. Im El Locco

23.00 "Die Glorreichen" Theaterkabarett. Zwei Figuren leben in einem Haushalt, der eine ein Kid, ist ein Computerfreak, der andere, der Alte, hat den Übergang von Mechanik zu Elektronik noch nicht vollzogen. Im El Locco.

8. 3. - 10. 3. Aktionstage in der Schule für Erwachsenenbildung (SfE) im Mehringhof. Anmeldung zwecks Planung im Raum 39, 9.00-14.00h. Siehe Nr. 92, S. 38

jeden Donnerstag

16.00-22.00 Frauentag im Infocafé Lübbenerstr. 29

18.00 Gruppentermin des ASTI (anarchistische Gruppe) im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

19.00 Häuserkampfplenum in der Nostizstr. 49.

Freitag 9. 3.

18.00"Palästina dein Volk wird siegen!!.." Veranstaltung mit zwei PalästinenserInnen im Café "Linie 1" im Thomas Weißbecker Haus, Wilhemstr. 9

19.00 Frauenfest im EX, Mehringhof

20.00 "Robinson Crusoe für die Finanzwelt?" Eine Chilenische Inselgruppe soll Zentrum für Banken- und Luxustourismus werden. Diavortrag von einem Meeresbiologen der Umweltorganisation CODEFF. Siehe auch "jeden Tag". Im Ökodorf.

21.00 "Gegen die Bequemlichkeit der Niederlage - Ingrid Strobel" Lesung und Szenen aus ihrem Buch "Frausein allein ist kein Programm". Hin- und hergerissen zwischen drohender Arbeitslosigkeit und lockendem Champagnercocktail, erschöpft von den Hungertoten im Fernsehen und enttäuscht über die Ergebnislosigkeit der letzten Unterschriftsaktion, erstickt in Selbstmitleid und zerfressen vom Ehrgeiz, einen Roman über die eigene Betroffenheit zu schreiben, aufgerieben von den Ansprüchen seiner emanzipierten Freundin und zitternd vor dem Bußgeldbescheid wegen des Volkszählungsboykotts, flüchtet sich der auf Computer umgeschulte Referendar der späten achtziger Jahre in die kathartische Erlösung der neuesten Strahlenwerte. Im El Locco

23.00 "Wem die Stunde schlägt"
Siehe Do. 8. 3. 19.00 Im El Locco

jeden Freitag

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

19.00 Volksküche immer vegetarisch, nie Alk, im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

21.00-3.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21, Berlin, Hauptstadt der DDR.

Samstag, 10. 3.

FAP-Bundesparteitag in Hückelshoven im Raum Erkelenz, 40km nördlich von Aachen. Nähere Infos gibt's beim Antifa-Plenum Aachen, Tel.: 0241/71091

11.00 Konzerthausdemo in Braunschweig.
Es gibt einen Frauenblock. Treffpunkt: Kohlmarkt.

15.00 Antifademo in Leipzig.
Treffpunkt: Am Brühl. Siehe Aufruf in diesem Heft.

15.00 - 18.00 "Linkes Volksfest" der RAJF, Antifa (Ost) und v. a. auf dem Alex. Kontakttelephon: 214 76 71

17.00 Eritrea - Aufbau einer neuen Gesellschaft.
Infoveranstaltung mit Tonbildreihe. Seit 30 Jahren herrscht Krieg in Eritrea. Aber der längste Befreiungskampf hat nicht nur militärsche Aspekte. Unermüdlich arbeiten die EritreerInnen am Aufbau einer neuen Gesellschaft. In dieser Veranstaltung wird über die neuesten Entwicklungen in Eritrea und über den grundsätzlichen Aufbau berichtet. Im El Locco

20.00 "Freitag und Robinson" Film, 115 min. Die berühmte Geschichte von Robinson Crusoe, dargestellt aus der Sicht Freitags. Siehe auch "jeden Tag". Im Ökodorf.

21.00 AnarchistInnen im Spanischen Bürgerkrieg.
Videocollage. Clara Thalmann, Pavel Thalmann, Augustin Souchy, Buenaventura Durutti, u. a.. Die Praxis des anarchistischen Katalonien. die Niederlage der anarchistischen Strukturen durch die Herrschaft der Kommunisten. Im El Locco

22.00 Prozeßkostenfeté für Marco,
Antifa-Gefangener in Mauerbit. In der SfE, Mehringhof

23.00 "Ediths Tagebuch"
Siehe Do. 8. 3. 21.00 Im El Locco

jeden Samstag

11.00-14.00 Frauentag in der M99

12.00 Frühstück in der Nostitzstr. 49.

16.00-20.00 Antifa-Info-Telefon 692 15 99. Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse.

Sonntag, 11. 3.

5.30 Brandenburgertor (Ostseite) mit Fahrrad oder um **7.00** Bhf. Schönheide mit Rad zur **Anti-AKW Demo** um **13.00** in **Stendal**

6.00 - 18.00 Solischicht für "Waffen für El Salvador" der Taxista-Taxen, die als solche gekennzeichnet sind.

10.00 Frühstück der FahrerInnen im K.O.B, Potsdamerstr.159

16.00 Treffen von neuköllner Frauen, um Telefonketten, Infowände etc. zu organisieren und weiter zu diskutieren, wie wir uns **gegen Anmache, Angriffe und Vergewaltigung** zusammenschließen können.
In der Galerie Olga Benario, Boddinstr. 61,
U-Bhf. Rathaus Neukölln

17.00 "Die Schlacht von Euskalduna"
Video 1985/86. Der Kampf der ArbeiterInnen auf der Euskalduna Werft ist der Inhalt des Films. Im September '84 spitzte sich die Situation zu. Nachdem monatelange Verhandlungen nichts nutzten, wählten die ArbeiterInnen offensivere Kampfformen: Besetzungen, Barrikaden und Steinschleudern gegen die militärisch vorgehenden Bullen. Im El Locco

19.00 "Sommergäste"
Video. Zu einem Sommeraufenthalt auf dem Lande versammeln sich SchriftstellerInnen, RechtsanwältInnnen, ÄrztInnen und Industrielle. Die Urlaubsgesellschaft erkennt in quälenden Auseinandersetzungen und Selbstenthüllungen ihre eigene Wertlosigkeit. Im El Locco

19.30 "Denn heute gehört uns Europa und morgen.." wohin werden wir maschieren?
Diskussionsveranstaltung mit VertreterInnen der kommunistischen Plattfom in der PDS, Vereinigten Linken, der Radikalen Linken u. a.. Die Rolle Osteuropas in der EG-Strategie. Wird die DDR ein Billiglohnland oder ein Schaufenster des Imperialismus? Im Mehringhof, Versammlungsraum

20.00 "Ist das alles billig hier..."
Das Geheimnis der Wechselkurse, des Ferntourismus, der Weltwirtschaft. Vortrag und Diskussion von Mathilde Lüken-Klaßen, Wirtschaftswissensch. FU Berlin. Siehe auch "jeden Tag". Im Ökodorf.

21.00 "Wir Wunderkinder"
Video, der die Geschichte zweier Kleinstadtfreunde erzählt, die einen völlig unterschiedlichen Lebensweg gehen. Der eine macht als Opportunist und Anpasser eine Bilderbuch-Karriere, der andere geht in die innere Emigration und beißt sich an den untersten Sprossen der sozialen Leiter durch. Im El Locco

jeden Sonntag

14.00 Neuköllner Kiezküche. Im Syndikat, Weisestr. 56

16.00 Frauenkiezcafé im Falckeladen, Falckensteinstr. 46. **Kinder sind erwünscht.**

ab **18.00 Kiezküche** im Anfall, Gneisenaustr.64

Montag, 12. 3.

12.30 Prozeß gegen eine Frau wegen **Widerstand gegen Sexismus.** Im Amtsgericht Tiergarten,Turmstr. 91, Raum 455. Siehe Flugi im Heft

18.00 Taxistastreffen zu Arbeitsbedingungen für TaxifahrerInnen in Westberlin. Im Mehringhof, Blauer Salon

Zur Erinnerung: REDAKTIONSSCHLUSS für den Termin Kalender ist MONTAGS !!! und die Schokolade hat auch gefehlt.

20.00 "Ferien bei den Indianern"
Film. Am Beispiel des Atitlan-Sees in Guatemala werden die Folgen des Ferntourismus aufgezeigt. Anschließend Diskussion über die Aktuele Situation. Siehe auch "jeden Tag". Im Ökodorf.

20.30 "Männerherrschaft unbekannt"
Video, 43 min. Am Beispiel der Minan Kabau auf Sumatra wird gezeigt, daß die Vormachtstellung des Mannes nicht naturgegeben ist. Im Syndikat, Weisestr. 56

jeden Montag

Redaktionschluß für den Terminkalender.
Ausnahmen nur in ausführlichst und gut begründeten Einzelfällen (nix mit Briefkasten nicht gefunden u. ä.) und mindestens zwei Tafeln Marabou oder Toblerone und jetz da Ostern vor der Tür steht nehmen wir auch schonmal Marzipaneier!!!

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte, Weisestr. 53 **geöffnet**

18.00 - 20.00 Antifajugendcafe im Infoladen Lunte.

19.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfetreffen im Heilehaus, Waldemarstr. 36

19.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

20.00 Volksküche in der Nostitzstr. 49.

Dienstag, 13. 3.

19.00 "Unversöhnliche Erinnerungen" Anhand der Berichte zweier unterschiedlicher Männer wird versucht die politische und gesellschaftliche Entwicklungen aufzuzeigen: Ein Maurer, stets überzeugter Kommunist, und ein salopper, bornierter General a. D., erinnern sich an die Zeit von 1933 - 79 und an ihre verschiedenen Positionen in diesen Jahren. Im El Locco

20.00 "Dritte Welt - Tummelplatz für Sextouristen"
Ton-dia-Vortrag und Diskussion über die Hintergründe des Sextourismus am Beispiel der Philippinen mit Tippswan Duscha aus Thailand, Mitarbeiterin bei agrisa e. V. (Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung). Siehe auch "jeden Tag". Im Ökodorf.

21.00 "Buenaventura Durruti"
Hervorragende Biografie über den spanischen Anarchisten Durutti, über die CNT und den Bürgerkrieg mit vielen Interviews und Orginalaufnahmen. Im El Locco

jeden Dienstag

16.00-20.00 Antifakneipe im Krümel, Weserstr.155

19.00 Gruppentermin der FAU (Freie ArbeiterInnen-Union) im A-Laden, Rathenauer Str. 22

20.00-22-00 Ermittlungsausschuß (EA)
Tel.: 692 22 22 im Mehringhof Gneisenaustr. 2a.

Mittwoch, 14. 3.

17.00 In Sharpville kam es am 21. 3. 60 zu blutigen Zusammenstößen, als bei einer Demonstration gegen die Ausweispflicht, die Bullen brutal vorgingen. Die Bilanz: 71 Tote und 182 Verletzte. Anhand des Videos **"Arpartheid - Chronik der Geschichte"** wird dieser Kampf gegen die Arpartheid dokumentiert und in den ganzen Widerstand der schwarzen AfrikanerInnen eingearbeitet. Im zweiten Teil wird der Zusammenhang zur "entwickelten Praxis in der BRD bezüglich Überwachungs- und Ausweispflicht" hergestellt. Im El Locco

19.00 "Wem die Stunde schlägt"
Siehe Do. 8. 3. 19.00. Im El Locco

20.00 "Fernweh ade - Erholung in Berlin?"
Vortrag und Diskussion über Forderungen und Chancen, Berlin so zu gestalten, daß eine Erholung in der Stadt möglich wird. Mit Michael Höppner, Forschungsgruppe Stadtverkehr. Siehe auch "jeden Tag". Im Ökodorf.

21.00 "Ediths Tagebuch"
Siehe Do. 8. 3. 21.00 Im El Locco

23.00 "Die Glorreichen" Theaterkabarett
Siehe Do 8. 3., 23.00. Im El Locco.

jeden Mittwoch

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

16.00-19.00 MieterInnencafé in der Lunte, Weisestr. 53

17.00 "Strafvollzug in der BRD und Westberlin"
Autonomes Seminar in der Rostlaube, Habelschwerdter Allee 45, Raum JK 25/219.

19.00 Treffen der ImmernochvolkszählungsboykotteurInnen
im Blauen Salon, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a.

19.00 - 21.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfe, Beratung im Heilehaus, Waldemarstr. 36.

19.00-24.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21. Berlin, Hauptstadt der DDR.

20.00 Antifa-Kneipe jeden 2.und 4. Mittwoch im Monat im Falckeladen, Falckensteinstr.46


Donnerstag 15. 3.

17.00 Eritrea - Aufbau einer neuen Gesellschaft.
Siehe am 10. 3. 17.00. Im El Locco

20.00 Antifa-Plenum Charlottenburg TOPs:
1. Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren - aber wie und in welchen Bündnissen?
2. Charlottenburg ist nicht SO 361 - Diskussion über die Vermittelbarkeit von Aktionen und Demos im Kiez;
3. Vorbereitung des nächsten antirassistischen Straßenfestes am Klausener Platz. Im Umweltladen, Kamminer Str. 34, U-Bhf. Mierendorffplatz

Samstag, 17. 3.

Demo: "Schluß mit dem Nationalistischen Taumel. Für eine unabhängige DDR. Gegen Anschluß an die BRD."


MÄRZ ♀
FRAUEN ORGANISIERT EUCH
BANDEN
GEGEN DEN
GEGEN NATIONALISMUS
jederzeit +
überall
LEMMEL BAU-KG
POLIZEI